

Ich bin nicht neutral...*

Bentelsbach.



„Wir müssen uns **nicht** alles bieten lassen!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Feststellung scheint sich wie ein roter Faden durch die vorliegende forum-Ausgabe zu ziehen. Auf Seite vier findet sich eine Annonce des Kölner GEW-Stadtverbands, die sich an diejenigen unter uns richtet, die mit Rechtsextremen zu tun bekommen haben, sich deren Impertinenzen aber nicht bieten lassen wollen.

In der Rubrik INTERNATIONALES beschäftigen wir uns natürlich mit dem Vorgehen der Kolleg*innen in Frankreich, die sich die Attacken der dortigen Regierung einfach nicht bieten lassen.

AUS DEN GREMIEN bekommen wir ein Interview mit der Gründungs-Rektorin der Gesamtschule Köln-Holweide, das von uns sehr geschätzte Kölner GEW-Mitglied Prof. Dr. Anne Ratzki, und ihrer Nach-Nach-Nachfolgerin im Amt, der Kollegin Christa Dohle, zu lesen. Die beiden berichten, was da vor kurzem auf der Schäl Sick verteidigt werden konnte. - Auch vom MSB muss Mensch sich offenkundig nicht alles bieten lassen!

Und dann wird auch noch in den Texten, die zum TITELTHEMA dieser Ausgabe zählen, umfassend auf die Frage eingegangen, was wir uns von der AfD und anderen rechten Kräften eigentlich bieten lassen müssen. Sie „verteidigen“ nämlich nur dann die Meinungsfreiheit, wenn es um ihre eigene menschenunwürdige weil rassistische und sexistische Hetze geht, „was man ja wohl noch sagen dürfen wird“.

Apropos: Dass die Ortschaft Beutelsbach wahrscheinlich niemandem von uns als Stadtteil von Weinstadt ein Begriff ist, dürfte nicht nur daran liegen, dass wir keine Baden-Württemberger*innen sind. Da liegt sie nämlich.

Aber wie sieht es mit dem „Beutelsbacher Konsens“ aus, zu dem man dort 1976 als Ergebnis einer Tagung der „Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg“ gekommen ist? Gemeinsam mit Politik-Didaktiker*innen legte man in diesem beschaulichen Ort im Rems-Murr-Kreis (vgl. die historische Zeichnung auf unserem Titelbild) die Grundprinzipien des Politikunterrichts in Deutschland fest.

Heute berufen sich wieder viele (und davon wiederum etliche ohne besondere Kenntnis des Inhalts) auf diese Grundsätze, die mittlerweile auf die gesamte Lehrtätigkeit in Bildungseinrichtungen übertragen zu werden scheinen. Im Wortlaut finden sich die Prinzipien unter: www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens. Im Kern geht es um das „Indoktrinationsverbot“, das „Gebot der Gegensätzlichkeit“ sowie das „Prinzip Schülerorientierung“.

Wir danken an dieser Stelle allen, die diese forum-Ausgabe möglich gemacht haben!

Danke auch an die tausenden Aufrechten, die am 4. Januar in der Kölner Innenstadt gegen mehrere rechte Kundgebungen Rückgrat bewiesen haben! Ihr macht Mut und habt ein wichtiges Motto gewählt: „Kein Einknicken vor Hass und Hetze – Klare Kante gegen rechts“.

Wir müssen uns ja nicht alles bieten lassen!

Es grüßt euch eure „forum“-Redaktion

Erscheinungstermine forum 2020

Ausgabe 2/2020
Redaktionsschluss: 27.02.2020

Ausgabe 3/2020
Redaktionsschluss: 17.06.2020

Ausgabe 4/2020
Redaktionsschluss: 02.09.2020

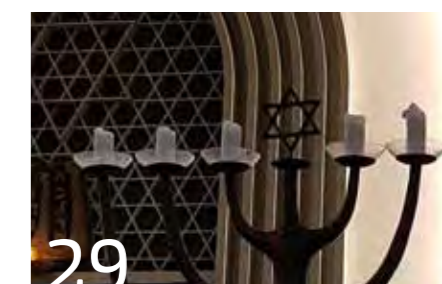


forum 1-2020

In Kürze	4
Kalenderblatt	5
Kontakte	8
Was heißt hier „neutral“?	9
Hochschule und Forschung	13
Grundschule	14
Gesamtschule	16
Sonderpädagogische Berufe	18
E-Auto und gut?	19
Bildungsalarm, Kommunalwahl und ein „Maßnahmenpaket“	20
Streiks in Frankreich/ Aufruhr in Algerien	24
Aktive Ruheständler*innen	28
PR-Wahl	31
Einladung Mitgliederversammlung	32

nicht neutral...*

9



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf ww.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Bezugspreis: 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktion: Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan

Schüller, Heiner Brokhausen
Geschäftsstelle:
Montag, Dienstag, Donnerstag
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Mittwoch 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Freitag 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46
Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/
Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

02 21 51 62 67

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle
02 01 29 04 03 37

Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln
Titelfoto: xxx
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: Ausgabe 2/2020
Redaktionsschluss: 27.02.2020
Erscheinungstermin: 27.04.2020



Gemeinsam gegen rechte Hetze – vertraulich und im geschütztem Raum!

In letzter Zeit häufen sich Meldungen über Probleme, die Lehrkräfte und andere Pädagog*innen mit Vertreter*innen der politischen Rechten haben. Diese Probleme, die bis hin zu regelrechter Hetze gehen, schlagen sich meist im Internet (Foren, Blogs, „social media“ etc.) nieder. Die betroffenen Kolleg*innen sehen sich dabei fast ausschließlich mit dem rechten bis rechtsextremistischen Spektrum konfrontiert. Sie werden Ziel übler Nachrede, von Unterstellungen oder wüsten Beschimpfungen. Des Öfteren wird ihnen sogar mit Dienstaufsichtsbeschwerden oder anderen rechtlichen Schritten gedroht.

Die GEW Köln plant, aus gegebenem Anlass, für Betroffene eine Möglichkeit des Austauschs im geschützten Rahmen anzubieten. Sollten sich Leser*innen des „forum“ angesprochen fühlen, denen Ähnliches widerfahren ist, so freuen wir uns, wenn sich am Thema Interessierte bei uns melden unter: kontakt@gew-koeln.de (Betreff: „Gemeinsam gegen rechte Hetze!“). Darüber hinaus wird es am 29.04.2020 eine Veranstaltung zur politischen Neutralität geben, in der diese Problematik ebenfalls beleuchtet werden wird.

Antisemitismus an Schulen und im Berufsalltag

Hetze, Diskriminierung, Antisemitismus - verbal oder in den sozialen Medien - Wie können wir direkten Anfeindungen im Berufsalltag begegnen? Vortrag mit anschließender Diskussion
Mittwoch | 11. März 2020 | 17.30 Uhr bis 20.30 Uhr
DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Referentin: Prof. Dr. Julia Bernstein, University of Applied Sciences Frankfurt
GEW Köln | Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: 09.03.2020 | Kosten: kostenlos

Forderung nach „Neutralität“

Mittwoch, 29. April 2020, 18 Uhr – 20 Uhr,
Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, Großer Saal (1. OG)

Die aktuellen Forderungen nach politischer „Neutralität“ von Bildung – Welche Unabhängigkeit braucht Bildung in einer demokratischen Gesellschaft?

Impulsvortrag von PD Dr.in Bettina Lösch, HumF Universität Köln und Johannes Dresemann, Leitungsteam Rechtsschutz der GEW sowie gemeinsame Diskussion und Erfahrungsaustausch

Derzeit ist im Bildungsbereich häufig - insbesondere aufseiten der AfD - vom sogenannten „Neutralitätsgebot“ die Rede. Was genau verbirgt sich hinter diesem Begriff? Wie politisch darf Schulunterricht oder ein Seminarangebot der Jugend- und Erwachsenenbildung sein? Können, dürfen oder sollen in Schule und Bildung Parteien und ihre Programme kritisch thematisiert werden? Auch die frühkindliche Erziehung oder die Soziale Arbeit sind derzeit mit Fragen konfrontiert, wie sehr sie sich für demokratische Grund- und Menschenrechte einsetzen können und sollten. Ein Anstoß für diese Verunsicherung lieferte die Internetplattform „Neutrale Schulen“ der Partei Alternative für Deutschland (AfD). Dort beruft sich die AfD auf das angebliche „Neutralitätsgebot“ des Beutelsbacher Konsens. Aber auch in staatlichen Förderprogrammen gegen Extremismus und für Demokratieförderung verpflichtet der Staat zunehmend die Förderempfänger auf ein staatliches Neutralitätsgebot.

Gewerkschaftliche Unterstützung

– von Studierenden für Studierende //Chalid Ahyoud, Hochschulinformationsbüro (HIB) Köln

Ein Lehramtsstudium kann bisweilen sehr fordernd sein. Insbesondere an einer derart großen Hochschule wie der Universität zu Köln, fällt es Studierenden oft schwer im Stress des Unialltags den Überblick über alle Rechte, Pflichten und Möglichkeiten des eigenen Studiums zu behalten.

Um den Studierenden also mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, haben wir als GEW NRW an mehreren Standorten in NRW Hochschulinformationsbüros (HIBs) ins Leben gerufen. Das Ziel der HIBs ist es, dem Motto „Gewerkschaft macht stark!“ bereits während des Studiums Leben einzuhauchen. Das HIB Köln ist also ein Beratungsangebot, speziell für Kölner Studierende, die den Lehrer*innenberuf anstreben.

Zu diesem Zweck bieten wir als HIB Köln regelmäßige Infoveranstaltungen zu verschiedenen lehramtsrelevanten Themen an und veranstalten Workshops, in denen wir Studierende mit Menschen zusammen bringen, die ihnen Werkzeuge und Softskills näherbringen können, die im Rahmen ihres Studiums, Berufslebens oder einfach im Leben allgemein hilfreich sein können.

Als Kölner Studierende seid Ihr zudem herzlich willkommen Euch mit allen Euren Anliegen rund um die Lehrer*innenausbildung (und darüber hinaus) an uns zu wenden. Dabei beschränkt sich unser Beratungsangebot nicht nur auf Fragen und Anliegen zum Studium selbst. Wir beraten Euch auch bei Fragen zu den unterschiedlichen Praxisphasen im Rahmen der Lehrer*innenausbildung, zum Übergang in den Vorbereitungsdienst u. v. m. Zusätzlich beraten wir Euch gerne über gewerkschaftliche Angebote und Möglichkeiten des gewerkschaftlichen Engagements und bieten auch Informationen zu bildungs- und hochschulpolitischen Themen an, um Euch über die neuesten Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

Das Hochschulinformationsbüro der GEW NRW ist also Eure Anlaufstelle an der Uni. Ihr könnt Euch mit allen Euren Fragen an uns wenden und wir helfen Euch gerne weiter!

Kürzlich wurde das HIB Köln neu besetzt. Der neue Kontakt des HIB Köln und Euer Ansprechpartner ist ab sofort Chalid Ahyoud. Um mit unserer Beratung möglichst nah an Eurer Lebensrealität zu sein, legt die GEW NRW Wert darauf, das HIB Köln mit engagierten jungen Menschen zu besetzen, die ebenfalls an der Uni Köln studieren und den Lehrer*innenberuf anstreben. So ist auch Euer neuer Ansprechpartner im HIB Köln, selbst Lehramtsstudent und kennt die Herausforderungen, die Eure Studiums- und Berufswahl mit sich bringt, aus erster Hand.

Ihr könnt Euch jederzeit unter der untenstehenden E-Mail-Adresse mit Euren Anliegen an ihn wenden. Anfragen können dabei entweder direkt per E-Mail besprochen werden oder Ihr könnt eine persönliche Sprechstunde vereinbaren, die dann wahlweise an der Uni oder im Kölner Gewerkschaftshaus des DGB (Hans-Böckler-Platz 1) stattfindet.

Wir freuen uns auf Euch!

Hochschulinformationsbüro Köln

Chalid Ahyoud

Wann? Terminvereinbarung per E-Mail (hib-koeln@gew-nrw.de)

Wer? Sprechzeit für Studierende der Universitäten Köln

Wo? Wahlweise an der Uni Köln oder in der GEW-Geschäftsstelle, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln



Foto: Chalid Ahyoud

WANN, WO, WAS, WER ...

Termine im Überblick

FEBRUAR

10.02.20, 18 Uhr, **Ausschuss LEMK**, kleines Sitzungszimmer (1. OG rechts)

10.02.20, 18 Uhr, Bezirksveranstaltung **„Wie geht die Bezirksregierung Köln mit Schulleitungen und ihren Bedarfen um?“**, Referent*in: Ute Lorenz; Adolf Bartz, Großer Saal (1. OG)

11.02.20, 18 Uhr, **Supervision**, GEW-Besprechungsraum (1. OG)

13.02.20, 19.30 Uhr, **FG Sonderpädagogische Berufe**, kleines Sitzungszimmer (1. OG rechts)

14.02.20, 20 Uhr, **„Yes, we burn“** von Xtrameile, Horizont Theater, Thürmchenswall 25 in Köln

26.02.20, 11.30 Uhr, **Aktive Ruheständler*innen**, Einladung zur Ausstellung „Inside Rembrandt 1606-1669“ im Wallraf-Richartz-Museum in Köln

MÄRZ

02.03.20, 18 Uhr, **Ausschuss Angestellte Lehrkräfte**, kleines Sitzungszimmer (1. OG rechts)

02.03.2020, 18 Uhr, **Ausschuss LEMK**, Tagungsraum (EG)

03.03.20, 17.30 Uhr, **FG Gesamtschule**, Tagungsraum (EG)

03.03.20, 18.30 Uhr, Dienstagsmeeting der **Jungen GEW**, kleines Sitzungszimmer (1. OG rechts)

03.03.20, 19 Uhr, **AK Schulentwicklung**, Sitzungszimmer, GEW Besprechungsraum in der Geschäftsstelle

06.03.20, **Ausschuss Homosexuelle Lehrkräfte**, „Fischessen“, weitere Infos, genauere Ortsdetails, Uhrzeit und Anmeldung: bodo.busch@netcologne.de

10.03.2020, 19 Uhr, **FG Gymnasium**, „VL-Treffen“, Tagungsraum (EG)

10.03.20, 18 Uhr, **Supervision**, GEW-Besprechungsraum (1. OG)

11.03.20, 17 Uhr, **„Wege in den Ruhestand“** für Sozialpädagog*innen, Referent: Jürgen Gottmann, Tagungsraum (EG)

11.03.20, 17.30 Uhr, Vortrag mit anschließender Diskussion **„Antisemitismus an Schulen und im Berufsalltag“**, Referentin: Prof. Dr. Julia Bernstein, Frankfurt University of Applied Sciences, Großer Saal (1. OG)

12.03.20, 10.45 Uhr, **Aktive Ruheständler*innen**, Besichtigung des Römergrabs in Köln-Weiden

17.03.20, 9 Uhr, Fortbildung **„Basisqualifizierung für Lehrerräte“** in Köln

18.03.20, 17.30 Uhr, Mitgliederversammlung zur Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstands im Stadtverband Köln, Großer Saal (1. OG)

19.03.20, 9 Uhr, Fortbildung **„Basisqualifizierung für Lehrerräte an Grundschulen“** in Köln

19.03.20, 18 Uhr, Veranstaltung **„Mit Resilienz zu mehr Lehrer*innengesundheit! - Wie können wir dem Schulstress begegnen?“**, Referent: Nils Zierath

23.03.20, 17 Uhr, Diskussionsveranstaltung **„Tarifpolitik in Zeiten des Lehrkräftemangels“**, Referenten: Sebastian Krebs und Jochen Bauer, Großer Saal (1. OG)

25.03.20, 17 Uhr, **Ausschuss LEMK**, Informationsveranstaltung für geflüchtete Lehrkräfte, ISS-Bildungsakademie gGmbH, Kaiserstr. 105, 51145 Köln

26.03.20, 9 Uhr, Fortbildung **„Kooperation und Konflikt - Zusammenarbeit des Lehrerrates mit schulischen Akteuren“** in Köln

26.03.20, 17 Uhr, **„Bewerbungstraining mit Simulation - Informationen zum Einstellungsverfahren - Schwerpunkt Gymnasium/Gesamtschule“**, Großer Saal (1. OG)

31.03.20, 18.30 Uhr, Dienstagsmeeting der **Jungen GEW**, kleines Sitzungszimmer (1. OG rechts)



APRIL

01.04.2020, 18 Uhr, **Ausschuss Offener Ganztage**, Tagungsraum (EG)

6.4. - 18.04.2020 Osterferien in NRW

20.04.20, 18 Uhr, **Ausschuss LEMK**, Tagungsraum (EG)

23.04.20, 16 Uhr, Workshop **„Ausraster! Was jetzt?“** - Hitzige Situationen im Schulalltag durch Deeskalation entschleunigen“, Referent*in: Hanna Grünwald und Tilmann Wilton, Großer Saal (1. OG)

29.04.20, 18 Uhr, Vortrag mit Diskussion **„Die aktuellen Forderungen nach politischer „Neutralität“** von Bildung - Welche Unabhängigkeit braucht Bildung in einer demokratischen Gesellschaft?“, Referent*in: Dr. Bettina Lösch und Johannes Dresemann, Großer Saal (1. OG)

1. Mai 2020 – Tag der Arbeit

Wenn nicht anders angegeben, finden alle Termine im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, statt.

Übersicht der GEW-Veranstaltungen im Bezirk Köln – 1. Halbjahr 2020

„Wie geht die Bezirksregierung Köln mit Schulleitungen und ihren Bedarfen um?“
Diskutieren möchten wir u. a. den Umgang mit Anliegen und Bedarfen der Schulleitungen, mögliche Remonstrationsschreiben im Zusammenhang mit der DA ADV etc.

Montag | 10. Februar 2020 | 18 Uhr - 20 Uhr
DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln

Referent*in: Ute Lorenz, Rechtsreferat GEW NRW | Adolf Bartz, Berater & Mitherausgeber „PraxisWissen Schull.Eitung“
GEW Köln | Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: 05.02.2020 | Kosten: kostenlos

Magie der Linie oder ... grafisches Gestalten

In Form einer offenen Werkstatt gibt es ein reiches Angebot von verschiedenen Materialien und Techniken zu kindgerechten Themen.
Mittwoch | 12. Februar 2020 | 14.30 Uhr - 17.30 Uhr
Kunstraum Eulenschule, Heinrich-Doll-Str. 2-4, 50189 Elsdorf
Referentin: Monika Berg
GEW Rhein-Erft | Anmeldung: johanne.duensing@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: 31.01.2020
Kosten: kostenlos für GEW-Mitglieder | 5 € Nicht-Mitglieder

Stammtisch Gemeinsames Lernen

Austauschmöglichkeit zu Themen nach Bedarf, beispielsweise Neuausrichtung der Inklusion, Multiprofessionelle Teams, Unterrichtsausfall
Donnerstag | 13. Februar 2020 | ab 18 Uhr
Labyrinth, Pontstr. 156, 52062 Aachen
Referent*in: -
GEW Aachen | Anmeldung: nicht erforderlich
Anmeldeschluss: - | Kosten: kostenlos

Yes, we burn! Satirisches Theaterstück zur schönen neuen Arbeitswelt
Theater Xtra Meile
Freitag 14. Februar 2020 | 19 Uhr
Horizont-Theater, Thürmchenswall 25, 50668 Köln
GEW Bezirk Köln | Anmeldung: anmeldungen@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: - | Kosten: kostenlos für GEW-Mitglieder bei Vorzeigen des Mitgliedsausweises; 10 € Nicht-Mitglieder

Den eigenen Schulalltag erleichtern - „Schulgesetz & Co.“
Crashkurs für Eilige und Einsteiger*innen
Das Seminar gibt einen praxisorientierten Überblick über Schulgesetz und ADO, Schutzrechte als abhängig Beschäftigte/r, Rechte und Pflichten als Lehrkraft, Mitwirkung und Konferenzen etc.
Dienstag | 18. Februar 2020 | 16 Uhr - 18.30 Uhr
Hotel am Park, Jülicher Str. 11, 41836 Hückelhoven
Referent: Uwe Riemer-Becker
GEW Heinsberg | Anmeldung: markus.peiter@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: 10.02.2020 | Kosten: kostenlos

Workshop: „Politisch aktiv sein und bleiben!“
Wie schafft man es, neben der Erwerbsarbeit kontinuierlich politisch zu arbeiten? Wie kann eine Institution wie die Gewerkschaft dabei Unterstützung bieten? Welche Strategien sind zu verfolgen?
Freitag | 28. Februar 2020 | 16 Uhr - 19 Uhr
Gewerkschaftshaus Düsseldorf, Friedrich-Ebert-Str. 34-38, 40210 Düsseldorf
Referent: Timo Luthmann, Autor und Aktivist
Veranstalter: Arbeitskreis Honorarkräfte GEW

Düsseldorf und GEW NRW
GEW Düsseldorf + NRW | Anmeldung: susanne.lange@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: - | Kosten: kostenlos

Gitarre für Einsteiger - Teil 1
Aufbau und Stimmen der Gitarre, erste Akkorde - wie begleite ich ein Lied? Bitte wenn möglich, eigene Gitarre mitbringen.
Dienstag | 3. März 2020 | 14.30 Uhr - 16 Uhr
Lindenschule, Burgstr. 42, 50226 Frechen
Referent: Alexander Blumberg
GEW Rhein-Erft | Anmeldung: alexander.blumberg@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: 27.02.2020 | Möglichkeit Folgekurs 2 zu belegen.
Kosten: kostenlos für GEW-Mitglieder | 5 € Nicht-Mitglieder

Basisqualifizierung für Mitglieder in Lehrerräten
Unsere Fortbildung behandelt die personalvertretungsrechtlichen Aufgaben der Lehrerräte und erläutert deren Rolle als Schulmitwirkungs-gremium - der neue Lehrerrat, Rollenverständnis, Wahlverfahren, Rechtliche Grundlagen, Mitbestimmungsrechte etc.
Dienstag | 3. März 2020 | 9 Uhr - 16.30 Uhr
Ort: Köln (Nennung des Tagungsortes erfolgt schriftlich mit der Anmeldebestätigung.)
Referent*innen: GEW NRW
GEW Köln | Anmeldung über: www.gew-nrw.de/fortbildungen.html
Anmeldeschluss: 19.02.2020 | Kosten: kostenlos

Sport-“Ideen-Kiste“ - Aufbau von Geräten, Koordinative Spiele und Übungen, „Le Parcours“ zum Schnuppert
Ein Angebot für Kolleg*innen, die fachfremd Sport unterrichten und auch für Kolleg*innen, die noch einmal frische neue Ideen bekommen möchten.
Dienstag | 3. März 2020 | 15 Uhr - 16.30 Uhr
KGS Südschule, Viktoriastr. 1, 52351 Düren
Referent*innen: Isabell Freyschmidt, Tina Trump, Jens Kortzen
GEW Düren | Anmeldung: isabellfreyschmidt@t-online.de
Anmeldeschluss: - | Kosten: kostenlos

Vertiefungsfortbildung für Mitglieder in Lehrerräten
„Systematisch, rechtssicher und erfolgreich“
Wie kann der Lehrerrat erreichen, dass er von Schulleitung und Kollegium akzeptiert wird? Wie kann er erreichen, dass er zeitnah und umfassend unterrichtet und angehört wird?
Donnerstag | 5. März 2020 | 9 Uhr - 16.30 Uhr
Ort: Wiehl (Nennung des Tagungsortes erfolgt schriftlich mit der Anmeldebestätigung.)
Referent*innen: GEW NRW
GEW Oberberg | Anmeldung über: www.gew-nrw.de/fortbildungen.html
Anmeldeschluss: 21.02.2020 | Kosten: kostenlos

„Wege in den Ruhestand“ für Sozialpädagoge*innen
Rechtliche Bestimmungen, rentenwirksame Zeiten, verschiedene Möglichkeiten einer Verrentung mit den verschiedenen Altersgrenzen, Teilrenten bzw. Flexirenten, Lesen einer Rentenauskunft etc.
Mittwoch | 11. März 2020 | 17 Uhr
DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Referent: Jürgen Gottmann
GEW Köln | Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: 09.03.2020
Kosten: kostenlos für GEW-Mitglieder | 10 € für

Nicht-Mitglieder
Antisemitismus an Schulen und im Berufsalltag
Hetze, Diskriminierung, Antisemitismus - verbal oder in den sozialen Medien - Wie können wir direkten Anfeindungen im Berufsalltag begegnen? Vortrag mit anschließender Diskussion
Mittwoch | 11. März 2020 | 17.30 Uhr bis 20.30 Uhr
DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Referentin: Prof. Dr. Julia Bernstein, Frankfurt University of Applied Sciences
GEW Köln | Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: 09.03.2020 | Kosten: kostenlos

Bewegung, Atmung, Fokus: Fit und entspannt durch den Schulalltag
Praktische Übungen, die sich leicht in jeden Schulalltag integrieren lassen.
Mittwoch | 11. März 2020 | 16 Uhr - 18 Uhr
Turnhalle Gottfried-Kinkel-Realschule, Jahnstr. 1, 50374 Erftstadt
Referent: Karl Burr, Physiotherapeut
GEW Rhein-Erft | Anmeldung: johanne.duensing@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: 28.02.2020
Kosten: kostenlos für GEW-Mitglieder | 5 € Nicht-Mitglieder

Gitarre für Einsteiger - Teil 2
Grundakkorde und Wechsel von Akkorden, Begleitung einfacher Kinderlieder - Aufbaukurs zu Teil 1
Donnerstag | 12. März 2020 | 14.30 Uhr - 16 Uhr
Lindenschule, Burgstr. 42, 50226 Frechen
Referent: Alexander Blumberg
GEW Rhein-Erft | Anmeldung: alexander.blumberg@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: 06.03.2020
Kosten: kostenlos für GEW-Mitglieder | 5 € Nicht-Mitglieder

Vom Chaos- zum Wohlfühl-schreibtisch
Briefe, E-Mails, Daeien und Dokumente auffindbar, vollständig und übersichtlich organisieren. Dauerhafte Ordnung auf Ihrem Schreibtisch und in Ihren Unterlagen - ein Workshop zur Selbstorganisation
Dienstag | 17. März 2020 | 16 Uhr - 18 Uhr
Ort: Bergisch Gladbach (Nennung des Tagungsortes erfolgt schriftlich mit der Anmeldebestätigung.)
Referent: Dr. Helmut Lungershausen, Autor der gleichnamigen
BASS-Handreichung
GEW Rhein-Berg | Anmeldung: angela.bloemer@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: 10.03.2020 | Kosten: kostenlos

Lehrerkonferenzen: Abnicken oder Gestalten? Vortrag mit anschließender Diskussion
Lehrerkonferenzen sind nicht selten inhaltlich ausgehöhlte, routinemäßig ablaufende Abstimmungsmaschinerien. Wir informieren und diskutieren, welche Rechte im wichtigsten innerkollegialen Mitwirkungs-gremium der Schule genutzt werden können.
Donnerstag | 19. März 2020 | 18 Uhr
DGB-Haus, Singerbrinkstr. 22, 51643 Gummersbach
Referent*innen: GEW NRW
GEW Oberberg | Anmeldung: buero@gew-oberberg.de
Anmeldeschluss: - | Kosten: kostenlos

Mit Resilienz zu mehr Lehrer*innengesundheit!
Wie können wir dem Schulstress begegnen? Was können wir selbst tun?

Donnerstag | 19. März 2020 | 18 Uhr bis 20 Uhr
DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Referent: Nils Zierath, Kommunikationstrainer
GEW Köln | Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: 17.03.2020 | Kosten: kostenlos

Basisqualifizierung für Mitglieder in Lehrerräten an Grundschulen
Unsere Fortbildung behandelt personalvertretungsrechtliche Aufgaben der Lehrerräte und erläutert deren Rolle als Schulmitwirkungs-gremium: Rollenverständnis, Wahlverfahren, Rechtliche Grundlagen.
Dienstag | 19. März 2020 | 9 Uhr - 16.30 Uhr
Ort: Köln (Nennung des Tagungsortes erfolgt schriftlich mit der Anmeldebestätigung.)
Referent*innen: GEW NRW
GEW Köln | Anmeldung über: www.gew-nrw.de/fortbildungen.html
Anmeldeschluss: 06.03.2020 | Kosten: kostenlos

Diskussionsveranstaltung: „Tarifpolitik in Zeiten des Lehrkräftemangels“
Tarifbeschäftigte Lehrkräfte werden gegenüber ihren verbeamteten Kolleg*innen unterbezahlt. Die GEW führt auf der Arbeitnehmerseite die Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder.
Montag | 23. März 2020 | 17 Uhr bis 19 Uhr
DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Referenten: Sebastian Krebs, Landesvorstandsbeauftragter für Tarifpolitik | Jochen Bauer, Vorsitzender des Ausschusses für Tarifpolitik NRW
GEW Köln | Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: - | Kosten: kostenlos

Informationsveranstaltung für geflüchtete Lehrerinnen und Lehrer
Der Arbeitskreis LEMK der GEW Köln stellt Projekte für geflüchtete Lehrkräfte in Kooperation mit der Universität zu Köln vor.
Mittwoch | 25. März 2020 | 17 Uhr
ISS-Bildungsakademie gGmbH, Kaiserstr. 105, 51145 Köln-Porz
Referent*innen: Arbeitskreis LEMK der GEW Köln
GEW Köln | Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: - | Kosten: kostenlos

Informationen zum Einstellungsverfahren
Bewerbungstraining mit Simulation: Schwerpunkt Gymnasium/Gesamtschule - Zum Ende der Ausbildung und vor Beginn der Auswahlgespräche können Sie sich über das Auswahlverfahren informieren, schulen und in Simulationen erproben.

Donnerstag | 26. März 2020 | 17 Uhr - 20 Uhr
DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Referent: Martin Pötzt, Bezirkspersonalrat Gymnasien/WBKs
GEW Köln | Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: 23.03.2020 | Kosten: kostenlos

Kooperation und Konflikt - Zusammenarbeit des Lehrerrates mit schulischen Akteuren
Nicht alles geht im Konsens! Das Beschwerde-management, der Umgang mit Konflikten, das Spannungsfeld von Vertraulichkeit als Norm und Transparenz als Anspruch sind thematische Stichworte dieser Vertiefungsfortbildung für Mitglieder im Lehrerrat.
Donnerstag | 26. März 2020 | 9 Uhr - 16.30 Uhr
Ort: Köln (Nennung des Tagungsortes erfolgt schriftlich mit der Anmeldebestätigung.)
Referent*innen: GEW NRW
GEW Köln | Anmeldung über: www.gew-nrw.de/fortbildungen.html

Anmeldeschluss: 13.03.2020 | Kosten: kostenlos
„Wege in den Ruhestand“ für Beamtinnen und Beamte
Pensionsrechtliche Bestimmungen, Möglichkeiten der vorzeitigen Zuruhesetzung, Höhe des Ruhegehaltes, Hinterbliebenenversorgung und Zuverdienst u. a. m.
Donnerstag | 26. März 2020 | 18 Uhr
DGB-Haus Bonn, Endenicher Str. 127, 53115 Bonn
Referent: Jürgen Gottmann, GEW-Experte für Versorgung und Rente
GEW Bonn | Anmeldung: gew-bonn@t-online.de
Anmeldeschluss: 22.03.2020
Kosten: kostenlos für GEW-Mitglieder | 5 € für Nicht-Mitglieder

Stammtisch Gemeinsames Lernen
Austauschmöglichkeit zu Themen nach Bedarf, beispielsweise Neuausrichtung der Inklusion, Multiprofessionelle Teams, Unterrichtsausfall
Dienstag | 21. April 2020 | ab 18 Uhr
Labyrinth, Pontstr. 156, 52062 Aachen
Referent*in: -
GEW Aachen | Anmeldung: nicht erforderlich
Anmeldeschluss: - | Kosten: kostenlos

„Ausraster! Was jetzt?“ - Hitzige Situationen im Schulalltag durch Deeskalation entschleunigen
Reflektieren unterschiedlicher Gewaltformen, wie struktureller Gewalt, personeller Gewalt und anderen aggressionsbildenden Gegebenheiten und daraus Zusammenhänge zu Aggressionsverhalten erkennen, benennen und entschleunigen.
Donnerstag 23. April 2020 | 16 Uhr - 18 Uhr
DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Referent*innen: Hanna Grünewald | Tilmann Wilton (zertifizierte Antigewalttrainer/in)
GEW Köln | Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: 21.04.2020 | Kosten: kostenlos

Die aktuellen Forderungen nach politischer „Neutralität“ von Bildung - Welche Unabhängigkeit braucht Bildung in einer demokratischen Gesellschaft?
Impulsvortrag, Diskussion und Erfahrungsaustausch - Wie politisch darf (Hoch-)Schulunterricht oder ein Seminarangebot der Jugend- oder Erwachsenenbildung sein? Ist es in der Bildungsarbeit erlaubt, demokratisch gewählte Parteien zu kritisieren?
Mittwoch | 29. April 2020 | 18 Uhr - 20 Uhr
DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Referentin: PD Dr. Bettina Lösch, HumF Universität zu Köln | Johannes Dresemann, Leitungsteam Rechtsschutz GEW NRW
GEW Köln | Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: 27.04.2020 | Kosten: kostenlos

Abenteurer Bauen - Nachhaltige Baumaterialien weltweit - unterrichtliche Umsetzung in den Jahrgangsstufen 1 bis 6

Die Unterrichtsvorschläge bieten mit Spielen, Experimenten und kreativen Konstruktionsaufgaben Anknüpfungspunkte an die Fachbereiche Sachkunde, Mathematik, Technik, Naturwissenschaften, Werken und Kunst. Zugleich eignen sie sich für die Sprach- und Leseförderung bzw. die Erarbeitung von Sachtexten.
Dienstag | 5. Mai 2020 | 15 Uhr - 17.30 Uhr
DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Referent: Wolfgang Brünjes, Universität Bremen/Projekt „Eine Welt in der Schule“/Grundschulverband e. V.
GEW Köln | Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: 30.04.2020
Kosten: kostenlos für GEW-Mitglieder | 10 € für

GEW-Mitglieder können selbstverständlich in jedem Kreis- oder Stadtverband der GEW an jeglichen Veranstaltungen teilnehmen, egal wo sie organisiert sind. Auch Interessierte sind immer herzlich willkommen.

Nicht-Mitglieder

„Wege in den Ruhestand“ für angestellte und verbeamtete Kolleginnen und Kollegen

Viele Wege führen in den Ruhestand, es gilt, den jeweils optimalen Weg zu finden ...
Donnerstag | 7. Mai 2020 | 18 Uhr - 20 Uhr
DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Referent: Jonathan Lohne, Finanz- und Ruhestandsplaner
GEW Köln | Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de
Anmeldeschluss: 04.05.2020 (Bitte bei der Anmeldung unbedingt das Beschäftigungsverhältnis angeben!) | Kosten: kostenlos

„Präsenz im Klassenzimmer“ - Workshop zu körpersprachlichem Auftreten im Unterricht
Die eigene Präsenz steigern und damit Unterrichtsprozesse wesentlich beeinflussen! Anregungen und Impulse durch nonverbales Verhalten die Aufmerksamkeit der Schüler*innen im Unterricht zu gewinnen und zu behalten.
Mittwoch | 13. Mai 2020 | 17 Uhr - 20.15 Uhr
DGB-Haus Bonn, Endenicher Str. 127, 53115 Bonn
Referentin: Claudia Timpner, Theaterpädagogin/Kommunikationstrainerin
GEW Bonn | Anmeldung: gew-bonn@t-online.de
Anmeldeschluss: 10.05.2020 | Kosten: kostenlos für GEW-Mitglieder | 5 € für Nicht-Mitglieder

Stammtisch Gemeinsames Lernen
Austauschmöglichkeit zu Themen nach Bedarf, beispielsweise Neuausrichtung der Inklusion, Multiprofessionelle Teams, Unterrichtsausfall
Montag | 8. Juni 2020 | ab 18 Uhr
Labyrinth, Pontstr. 156, 52062 Aachen
Referent*in: -
GEW Aachen | Anmeldung: nicht erforderlich
Anmeldeschluss: - | Kosten: kostenlos

Schulbegleitung - ein Konzept!?

Eingeladen sind Schulbegleiter*innen, Lehrer*innen, Sonder- und Sozialpädagoge*innen und alle, die in der inklusiven Schule zusammen arbeiten. Wir freuen uns auf eine Fortsetzung des Erfahrungsaustauschs und über den Austausch erster Konzepte.
Donnerstag | 18. Juni 2020 | 16.30 Uhr - 18.30 Uhr
KGS Bensberg, Eichelstr. 9-11, 51429 Bergisch Gladbach
Moderator: Mirko Komenda
GEW Rhein-Berg | Anmeldung: angela.bloemer@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: 11.06.2020 | Kosten: kostenlos

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812, maxbeier@hotmail.com

Sandra Langer, lesen.bildet@gmx.de

Klaus Mautsch, klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Peter Heim, 0221-743094, peter.heim@posteo.de

Hannes Kuhlmann, hannes.kuhlmann@koeln.de

GRUNDSCHULE

Martina Schütte, 02236-321318, schuette-martina@web.de

Anke Bieberstein, 0221-213788, a.bieberstein@arcor.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Karin Distler, 0221-3981291, karin.distler@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Anne Klein, anne.klein@uni-koeln.de

REALSCHULE

Maria Backhaus, 0221-16932167, mariabackhaus@netcologne.de

Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe, 0221-16919137, karenkiethe@gmail.com

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann, 0177-8239728

timohemmesmann@gmx.de

Christiane Balzer, 0221-9524740, chribalzer@netcologne.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Brunhilde Seeber, brunhilde.seeber@icloud.com

Rainer Jettke, rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbbert, 0221-7123869, klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Hildegard Achilles, 0221-2778448, abhikachilles@web.de

Christina Krautwurst, christinakrautwurst@gmx.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

Henning Frey, henning.m.frey@web.de

HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326, b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Martin Mackenbach, martin.mackenbach@gew-nrw.de

LEHRER*INNEN UND ERZIEHER*INNEN VON MIGRANTENKINDERN (LEMK)

Silvia Treder, tredersilvia@web.de

Hasan Taşkale, 02204-55869, taschkale@gmx.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener, a.kloeckener@online.de

Eckhard Riedel, eckhard-riedel@gmx.de

Hans Raatz, raatz_hans@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@gmail.com

Stefan Schüller, stefan.schueller@gmx.net

Keine Bühne für die AfD!

Warum man die AfD nicht zu einer Podiumsdiskussion einladen sollte
// **Heinz Müller, Mitglied der GEW**

Die AfD in der Schul-Aula aufs Podium? Vor dieser Frage stand ich bereits im Frühjahr 2013, als mein Sozialwissenschaftskurs eine Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl organisierte. Es sollten die Direktkandidat*innen der Parteien eingeladen werden, die die Aussicht hatten, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen. Auf Wunsch der Schüler*innen wurde daher zunächst neben den Piraten auch die AfD eingeladen. Eine Kollegin von mir warnte mich davor, der AfD eine Bühne zu geben. Ich muss gestehen, dass ich die damalige Situation falsch eingeschätzt habe. Ich hatte die AfD für eine weitere Partei der DM-Nostalgie gehalten und die - wenn auch damals schon vorhandenen - rechten Tendenzen eindeutig unterschätzt. Zum Glück hat die AfD nie auf unsere Anfrage reagiert. Die Podiumsdiskussion wurde erfolgreich von den Schüler*innen organisiert und moderiert. Bei einer anschließenden „Juniorwahl“ war die Wahlbeteiligung sehr hoch. Die Themen der Diskussion wie etwa die Einführung des Mindestlohns oder der Umgang mit Fanggruppierungen im Stadion oder die Bildungspolitik haben viele Schüler*innen begeistert, so dass sie mit Spannung den Ausgang der echten Bundestags-

wahl verfolgten und an der Schule in den Folgejahren weitere Veranstaltungen dieser Art stattfanden. Wäre die AfD tatsächlich mit auf dem Podium gewesen, wäre diese Veranstaltung höchstwahrscheinlich schiefgegangen.

Pluralität verteidigen, nicht ihrer Abschaffung das Wort reden

Heutzutage ist es aufgrund ihrer innerparteilichen Entwicklung noch wichtiger geworden, der AfD keine Bühne zu geben und sie nicht zu einer Podiumsdiskussion einzuladen. Sicherlich könnte man einwenden: Man müsse zumindest alle im Bundestag vertretenen Parteien gleich behandeln und daher auch alle einladen. Eine solche Argumentation, die auf dem Grundsatz von gesellschaftlicher Pluralität und Meinungsfreiheit beruht, vergisst dabei eine entscheidende Komponente: Die AfD

selber ist gegen Pluralität und Meinungsfreiheit. Sie hat eine menschenverachtende Agenda und tritt das Grundgesetz mit Füßen. Diese Agenda äußert sich nicht allein im eigentlichen Parteiprogramm oder in den jeweiligen Wahlprogrammen. Diese Agenda wird vielmehr von den führenden Köpfen und einer breiten Basis der Partei in die Öffentlichkeit getragen. Mit welchem Ziel sollte man einer solchen Partei eine Bühne bieten? Lädt man sie ein, so setzt man deren Positionen als gleichwertig mit denen der anderen Parteien. Oft gibt es bei einigen Kolleg*innen, die die AfD zu einer Podiumsdiskussion einladen wollen, auch den investigativ-aufklärerischen Impuls sie zu demaskieren. Doch zum Einen hat sich die Partei bereits unzählige Male selber demaskiert und zum Anderen kann das Demaskieren auch misslingen. Dann hätte man der AfD nicht nur ein Podium geboten, sondern unter Umständen sogar ihre Wahlchancen erhöht.

AfD lässt Unterschiede verschwimmen

Es gibt noch einen eher technischen Grund, warum die AfD auf einer solchen Veranstaltung nichts verloren hat. Das Ziel einer Podiumsdiskussion ist es schließlich, dass sich die Schüler*innen ein Bild von aktuellen politischen Kontroversen machen können. Lädt man die AfD ein, ist die Gefahr groß, dass die Inhalte in den Hintergrund treten. Fragt man die AfD zu wichtigen Themen wie der Sozial- und Steuerpolitik, so wird sie nichts zu sagen haben. Über nichts lässt sich nicht viel diskutieren. Stellt man ihr Fragen zur Migrationspolitik, so wird sie Dinge sagen wollen, die nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Dann werden im besten Fall die anderen Politiker*innen auf dem Podium sich davon distanzieren. Beim „Alle-gegen-die-AfD-Fall“ verschwimmen jedoch auch die politischen Unterschiede zwischen den Parteien, so dass letztlich kein politischer Wettstreit mehr in einer Podiumsdiskussion erkennbar ist. Damit würde jedoch auch der eigentliche Sinn einer Podiumsdiskussion - Demokratie durch den politischen Wettstreit zu leben - ad absurdum geführt werden.

Vielleicht brauchen wir in Zukunft neue Formen jenseits der Podiumsdiskussion, den politischen Wettstreit im Rahmen des Grundgesetzes den Schüler*innen/Studierenden nahe zu bringen. Das mag sein - nicht jeder mag die Talkshowformate. Bei jeder Form sollten jedoch menschenverachtende Ideologien draußen bleiben. Unser Auftrag ist und bleibt schließlich die Erziehung zur (politischen) Mündigkeit. Das beinhaltet die Prinzipien Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Solidarität. Die AfD ist das Gegenteil dieser Prinzipien. Daher darf ihr keine Bühne gegeben werden.

„Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“ (Alexander Gauland, Co-Fraktionsvorsitzender und Ehrenvorsitzender der AfD, 2018)



Wäre ich neutral, würde ich meinen Job nicht gut machen

Viele Lehrkräfte sind verunsichert: Dürfen sie sich im Klassenraum etwa gegen die AfD positionieren? Die angehende Lehrerin Hannah Hübner sagt: Das müssen sie sogar.

// **Hannah Hübner, Lehramtsstudentin aus Berlin**

Wenn ich mich mit meinen Kommiliton*innen unterhalte, nehme ich in letzter Zeit Verunsicherung wahr: Dürfen wir uns als angehende Lehrkräfte kritisch gegenüber der AfD äußern? Ich lese von Lehrer*innen, die von Eltern bedroht werden, wenn sie im Unterricht Reden von Alice Weidel oder Alexander Gauland kritisieren. Vor einigen Wochen empfahl ich auf Twitter einen Text der Autorin Sibel Schick, in dem sie unter anderem über Rassismus und Sexismus in Deutschland schreibt. Daraufhin schickten mir rechtsextreme User Nachrichten: Sie würden dafür sorgen, dass ich niemals vor einer Klasse stehen könne. Auch mein Institut, das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, ist kontinuierlich Angriffen von rechts ausgesetzt. Dozierende, die sich in ihrer Forschungsarbeit zur AfD äußern oder im Bereich Gender arbeiten, werden online und offline beleidigt und bedroht.

Die Angreifer wollen uns Lehrkräfte einschüchtern. Wir dürfen sie dieses Machtspiel aber nicht gewinnen lassen. Im Gegenteil: Jetzt müssen wir erst recht für die Werte der Demokratie einstehen. Damit das gelingt, müssen wir verstehen, wie die AfD und ihre Anhänger bei ihren Einschüchterungsversuchen vorgehen. Vor rund einem Jahr hat die Partei in mehreren Bundesländern Meldeportale namens Neutrale Schule eingerichtet. Dort sollen Schüler*innen und Eltern Lehrkräfte melden, die zum Beispiel das

Parteiprogramm der AfD kritisieren. Lehrkräfte müssten ein Neutralitätsgebot einhalten, behauptet die Partei.

Diese Drohgebärde lässt sich ganz einfach entkräften. Denn erstens sind die Meldeportale keine offiziellen Beschwerdestellen. Und zweitens, noch viel wichtiger: Das Neutralitätsgebot, wie es die AfD auslegt, ist ein Mythos.

Es gibt mehrere Gebote, die regeln, was Lehrer*innen im Unterricht dürfen und was nicht. Man findet sie im Schulrecht, im Beamtenrecht und im Beutelsbacher Konsens, dem Standard für Politikunterricht an deutschen Schulen. Dort ist etwa das Indoktrinationsverbot festgehalten, das es Lehrkräften verbietet, im Unterricht eine Partei zu bewerben. Sie dürfen keine Kugelschreiber mit dem SPD-Logo verteilen oder den Schüler*innen sagen, dass sie bei der nächsten Kommunalwahl bitte Frau Petrova von den Grünen wählen sollen. Außerdem kennt der Beutelsbacher Konsens noch das Kontroversitätsgebot. Es besagt, dass Lehrkräfte die gegensätzlichen Argumente einer politischen Diskussion auch im Klassenraum abbilden müssen. Wenn sich eine Klasse aktuell mit der Klimakrise beschäftigt, darf die Lehrerin nicht nur Argumente der Fridays-for-Future-Demonstranten wiedergeben, sondern muss auch Vertreterinnen der Autoindustrie zu Wort kommen lassen.

Wäre ich neutral, würde ich meinem Auftrag nicht nachkommen

Diese Gebote bedeuten aber nicht, dass Lehrkräfte neutral sein müssen, dass sie alle politischen Äußerungen und Meinungen blind als gleichwertig gelten lassen sollen. Schule ist die zentrale Institution, die Kinder auf das Leben vorbereitet. In Deutschland bedeutet das: auf das Leben in einer Demokratie. Das ist ein eindeutig wertbezogener Bildungsauftrag – und das Gegenteil von neutral. Lehrkräfte müssen die demokratischen Werte des Grundgesetzes vermitteln, also etwa Menschenwürde oder die Gleichberechtigung aller unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion.

Wenn ein Schüler im Unterricht eine rassistische Aussage macht, darf ich das als Lehrerin also gar nicht ignorieren. Ich muss ihn darauf hinweisen, dass diese Aussage gegen Werte unserer Demokratie verstößt. Wäre ich in einem solchen Moment einfach neutral und würde nichts sagen, würde ich meinem Auftrag nicht nachkommen.

Und das bezieht sich nicht nur auf Situationen, die ich im Klassenraum unmittelbar mitbekomme. Als Lehrerin muss ich auch Aussagen von Politiker*innen auf ihren Demokratiegehalt prüfen. Gaulands Aussage, dass die NS-Zeit nur ein „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte sei, Weidels Beschreibung von Muslimen als „Kopftuchmädchen, Messermänner und andere Taugenichtse“ und auch Seehofers „Migration ist die Mutter aller Probleme“ sind keine demokratischen Meinungen, sie diskriminieren Mitbürger*innen und auch einige der Schüler*innen. Ich als Lehrkraft muss das

mit den Kindern besprechen. Es ist mein Auftrag, sie vor Diskriminierung zu schützen.

Eine klare demokratische Haltung erfordert Mut

Das heißt nicht, dass ich jede mir unbequeme politische Meinung in den Unterricht mitbringen darf, um sie gemeinsam mit den Schüler*innen kritisch auseinanderzunehmen. Natürlich ist die Meinungsfreiheit ein zentrales Gut unserer Gesellschaft und ebenfalls im Grundgesetz verankert. Es gibt jedoch keine Meinungsfreiheit außerhalb des Grundgesetzes. Artikel 5 steht hierarchisch nicht über, sondern auf der gleichen Ebene mit Menschenwürde und Gleichberechtigung. Wenn jemand also mit einer Äußerung die Grundrechte anderer verletzt, ist dies eine illegitime Äußerung. Wenn ein Schüler einen anderen Schüler beleidigt, weil er im Rollstuhl sitzt oder weil seine Eltern aus Nigeria kommen, wird dieser in den Grundpfeilern seiner Identität verletzt. Er wird herabgewürdigt und kann nicht mehr gleichberechtigt am Diskurs

teilhaben. Lehrkräfte sind in diesem Fall Schiedsrichter*innen, die dafür sorgen, dass alle am Schulleben teilhaben, sicher lernen und ihre Potenziale entfalten können.

Dabei ist Meinungspluralismus selbstverständlich erwünscht, die Verletzung von Persönlichkeitsrechten jedoch nicht. Antidemokraten, die sich nicht an diese Regeln halten, müssen konsequent ausgeschlossen werden. Das gilt für Lehrkräfte, Schüler*innen, Eltern und Politiker*innen gleichermaßen.

Eine solche klare demokratische Haltung erfordert Mut. Wenn Lehrkräfte konsequent danach handeln, kann es Kritik von Eltern geben, Drohanrufe bei der Schulleitung oder öffentliche Denunzierungen. Das ist anstrengend. Wir dürfen uns von den Feinden der Demokratie aber nicht einschüchtern lassen. Lasst uns Angriffe auf unsere Demokratie kritisch im Unterricht diskutieren. Lasst uns unsere Schüler*innen und Schüler befähigen, aktive Mitglieder unserer Gesellschaft zu werden. Damit verletzen wir keine Gebote, sondern machen einfach nur unseren Job.

[Anmerkung: Der Text erschien ursprünglich bei ZEIT Online und wurde dort am 13. Dezember 2019 veröffentlicht.]

Ich bin nicht neutral...*

Für Demokratie, Grund- und Menschenrechte.

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung, Landesverband Nordrhein-Westfalen Postfach 100933, 47003 Duisburg www.dvpb-nw.de



Postkarte der DVPB NW - Aktion „Ich bin nicht neutral“

[Abgedruckt mit freundlicher Genehmigung der DVPB NW]

Die DVPB hat des Weiteren zum AfD-Meldeportal eine gute Handlungsanweisung herausgegeben, wie man sich bei Vorwürfen wegen angeblichem Fehlverhalten verhalten soll. Diese ist unter folgendem Link zu finden:

<http://dvpb.de/wp-content/uploads/2019/03/Handreichung-der-DVPB.pdf>



Sparmaßnahmen trotz Geldsegens an der Uni Köln

// Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin GEW Köln



Kundgebung gegen die Kürzungen an der Uni Köln anlässlich der Senatssitzung am 27. November 2019 (Foto: Eva-Maria Zimmermann)

Nachdem es das Bündnis gegen die Kürzungen an der Uni Köln, in dem auch wir als Stadtverband Köln der GEW mitarbeiten, geschafft hatte, die erste erfolgreiche Mitgliederinitiative an einer Hochschule in NRW zu starten und mithilfe von über 5.000 Unterschriften dafür gesorgt hatte, dass das Thema Kürzungen auf der Senatsitzung erneut aufgerufen werden muss, gibt es gute und schlechte Nachrichten gleichzeitig:

Die gute Nachricht: Die Universität zu Köln kommt in den Genuss eines unerwarteten Geldsegens von einem mittleren zweistelligen Millionenbetrag. Im Rahmen des „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ werden unbefristete Mittel zur Verfügung gestellt, die die auslaufenden Mittel aus dem Hochschulpakt 2020 ersetzen sollen. Zudem hat sich die Landesregierung nach massiven Protesten gegen die geplante Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Studis entschieden und stattdessen einen Ausbau der öffentlichen Hochschulfinanzierung angekündigt. Mithilfe dieser Gelder wird das strukturelle Haushaltsdefizit der Uni Köln von 17 Mio. Euro jährlich deutlich überkompensiert, was eine erfreuliche Entwicklung darstellt. Die Kürzungen könnten somit unmittelbar zurückgenommen werden.

Die schlechte Nachricht: Der Senat hat sich auf der Sitzung am 27. November dennoch nicht für eine Rücknahme der Kürzungen und den Erhalt der betroffenen Stellen ausgesprochen. Stattdessen soll die Entscheidung, welche Stellen gestrichen und wo die Gelder eingesetzt werden, in den einzelnen Fakultäten geklärt werden. Somit entbrennt erneut ein Kampf um die Mittel, den Kürzeren ziehen hierbei die befristet Beschäftigten sowie die Studierenden in den entsprechenden Fächern an der Uni Köln. Ein Auszug aus einem Ar-

tikel des Kölner Stadtanzeigers vom 29. November verdeutlicht das Ausmaß der geplanten Sparmaßnahmen:

„Zunächst war bekannt geworden, dass die Abteilung für osteuropäische Geschichte geschlossen werden soll und die einzige Juniorprofessur für Türkeistudien auf der Kippe steht. Nun bestätigte die Uni, dass an der WiSo-Fakultät darüber hinaus jede vierte Dozenten-Stelle wegfallen soll und es im Bereich der Juristen einen Sparplan im Bereich Internationales gibt. Darüber hinaus sollen neun Professuren, unter anderem in den Bereichen Klassische Philologie, Ethnologie und praktische Philosophie gestrichen und Einsparungen im Bereich Frühkindliche Bildung und Erziehung sowie Interkulturelle Bildung und Kommunikation erzielt werden. Auch in der Verwaltung sollen 57 Stellen wegfallen.“

Der Stadtverband Köln der GEW unterstützt weiterhin mit Nachdruck die Forderungen des Bündnisses gegen die Kürzungen und fordert einen sofortigen Stopp der geplanten Kürzungen, den Erhalt aller Stellen und eine transparente Aufstellung des Haushalts unter Einbeziehung aller Mitgliedergruppen der Uni Köln. Die unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel sollen zur Schaffung von Dauerstellen für Daueraufgaben eingesetzt und die Befristungspraxis sowie die Abhängigkeit von wettbewerbsförmig vergebenen, befristeten Drittmitteln beendet werden. Auch wenn wir es ausdrücklich begrüßen, dass die Landesregierung die öffentliche Grundfinanzierung erhöht hat, so reicht dies leider immer noch nicht aus, um bedarfsgerecht zu sein. Daher fordern wir auch die Landesregierung dazu auf, langfristig eine bedarfsgerechte öffentliche Grundfinanzierung der Hochschulen in NRW sicherzustellen.

Weitere Infos auf dem Blog des Bündnisses gegen die Kürzungen: <https://blog.uni-koeln.de/keinekuerzungen/>

Womit beschäftigen sich die Arbeitsgruppen der GEW Köln?

Ein Gespräch mit Mitgliedern der Fachgruppe Grundschule // **Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der „forum“-Redaktion**

forum: Wieso seid Ihr in die GEW eingetreten?

MARTINA: Zu Beginn des Referendariats im Sonderpädagogik-Seminar in Dortmund gab es eine Werbe-Aktion. Ich wollte mich besser vernetzen und informiert sein und bin eingetreten.

Aktiv arbeite ich seit meiner Versetzung ins Grundschulkapitel vor 14 Jahren in der FG Grundschule mit. Im örtlichen Personalrat bin ich seit 2008. Eine Sonderpädagogin ist aus dem Grundschulpersonalrat ausgeschieden und eine Nachfolgerin wurde gesucht. Da ich in der ersten Zeit an der Grundschule meine Rechte, aber auch Fortbildung als Sonderpädagogin nicht gut vertreten sah, wollte ich mich dafür engagieren, aber gleichzeitig auch für die Unterstützung und Verbesserung des damaligen Gemeinsamen Unterrichts eintreten. Nach einigen Jahren habe ich dann die Nachfolge von Wolfgang Raabe als Fachgruppenleiterin angetreten.

ANKE: Ich bin als junge Lehrerin eingetreten, um aktuelle Informationen zu erhalten. Und das mag jetzt zunächst mal unpolitisch klingen, aber ein weiterer Grund für eine Mitgliedschaft war bei mir die Schlüsselversicherung. Ich hab's mit Schlüsseln, verliere die andauernd, da fand ich das Angebot sehr verlockend. Über diese praktischen Gründe hinaus war ich politisch auch der GEW zugewandt. Der VBE kam für mich überhaupt nicht in Frage. Seit 8 Jahren bin ich im örtlichen Personalrat und seit geraumer Zeit unterstütze ich Martina in der Fachgruppe.

Wo drückt der Schuh momentan bei den Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen?

MARTINA: Es gibt einige Baustellen wie zum Beispiel: der große Lehrkräftemangel an Grundschulen, die fehlenden Grundschullehrer*innen und auch Sonderpädagog*innen, es wird keine voraussetzungslose Teilzeit in Kölner Grundschulen mehr genehmigt und eine gerechte Entlohnung wurde noch nicht eingeführt. Wir warten immer noch auf A 13 Z/EG 13. Zudem sind viele Schulgebäude marode. Die Ausstattung an den Schulen ist deaströs. Es fehlt an Räumen. Ohne PCs wird

es keine Digitalisierung eben. Wir fühlen uns auch nicht ausreichend bei der Umsetzung der Inklusion unterstützt. Es fehlen Unterstützungsmaßnahmen besonders für Schüler*innen mit emotional-sozialen Auffälligkeiten. Durch den Personalmangel fehlt die sonderpädagogische Expertise. Die Klassen in den Grundschulen sind darüber hinaus zu groß. Wir haben bereits eine Unterrichtsverpflichtung von 28 Unterrichtsstunden und dazu kommen immer mehr Besprechungs- und Teamzeiten. Dies alles führt zu vermehrten oft krankheitsbedingten Ausfällen von Lehrkräften und einer Vielzahl von Überlastungsanzeigen.

Welche Arbeitsschwerpunkte hat die Fachgruppe Grundschule zur Zeit?

ANKE: Natürlich die Wahlvorbereitung und den Wahlkampf! Ansonsten liegen uns die Lehrer*innenfortbildungen speziell für unsere Grundschulkolleg*innen am Herzen sowie die Beratung und Schulung der Kolleg*innen in Bezug auf ihre Rechte und Mitbestimmung an den Schulen. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz wird aus oben genannten Gründen auch immer wichtiger – da sehe ich einen weiteren Schwerpunkt in nächster Zeit.

Und selbstverständlich setzen wir uns weiterhin für die gerechte Bezahlung aller Lehrkräfte ein!

forum: Wie sieht Eurer Meinung nach die Grundschule der Zukunft aus?

MARTINA: Eine Schule der Vielfalt in der alle Schülerinnen und Schüler - am liebsten bis zur Klasse 10 - gemeinsam lernen können, im Sinne einer Gemeinschaftsschule wie in Finnland. Die Ungerechtigkeiten im Zugang zu weiterführenden Schulen sind an der Grundschule der Zukunft überwunden.

ANKE: Die Schulen sind mit multiprofessionellen Teams ausgestattet: von Schulassistenten für organisatorische Arbeiten und Büroarbeit über Integrationshelfer*innen für einen Klassenverband und auch bei Bedarf für einzelne Schüler*innen. Außerdem gehören in das Schulteam Sonderpädagog*innen, Sozialpädagog*innen für die unterrichtliche Unterstützung, Sozialarbeiter*innen und bei Bedarf eine

Schulpsychologin und eine Krankenpflegerin. Darüber hinaus ist ein Schulleitungsteam wünschenswert, welches gemeinsam mit dem Kollegium handelt.

Die Unterrichtszeit ist abgesenkt zugunsten einer professionellen Vor- und Nachbereitung. Teamzeiten, Fallberatungen und Supervisionen sowie Elterngespräche werden in die Unterrichtsverpflichtung eingerechnet. Die Klassengröße liegt bei maximal 20 Kindern.

Welche Wünsche habt Ihr für 2020 an die GEW?

MARTINA UND ANKE: Im Wahljahr wünschen wir uns eine höhere Wahlbeteiligung; dass die Kolleg*innen sich aufgrund der vielen Baustellen in Stadt und Land wieder mehr beteiligen.

Für die GEW wünschen wir uns: Plätze im Personalrat dazu zu gewinnen oder zumindest unsere zehn Plätze im ÖPR Köln zu halten, damit wir unsere gute Arbeit vor Ort für die Kolleg*innen fortsetzen können.

Vom Landesverband wünschen wir eine gute Unterstützung.

Für die Arbeit vor Ort vor allem im Personalrat brauchen wir zeitnahe Rechtsberatung aus Essen.

Welche Wünsche habt Ihr an die Politik?

MARTINA UND ANKE: Wir wollen eine gerechte Bezahlung nach A 13 Z/EG 13 A 13 Z/EG 13. Wir wünschen uns, dass der Lehrkräftemangel mit allen Mitteln bekämpft wird. Die eingesparten Gelder aus nicht besetzten Stellen sollten den notleidenden Schulen für Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Wichtig wäre zudem, Schulen in sozialräumlich belasteten Gebieten mit ausgebildeten Lehrkräften zuerst auszustatten, damit vor allem dort die Kinder eine bestmögliche Schulbildung erhalten und nicht noch weiter abgehängt werden.

Wir fordern ein Aussetzen der QA in diesen Zeiten des Lehrkräftemangels, wo immer mehr fachfremde Personen eingearbeitet werden müssen.



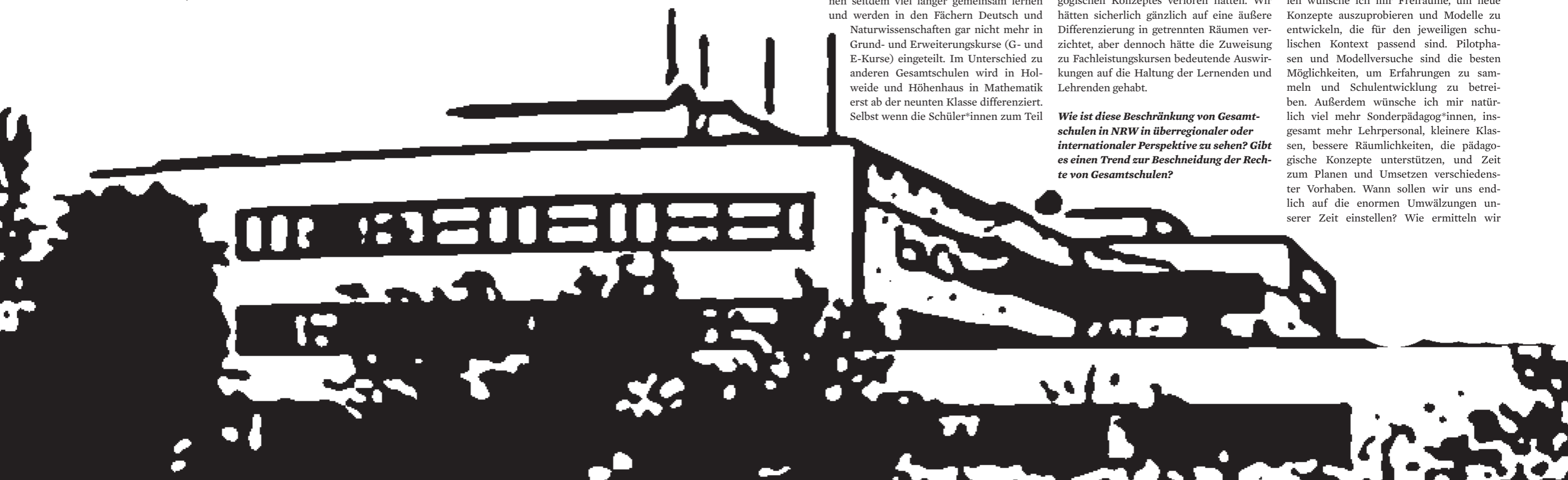
Kolleg*innen der Fachgruppe Grundschule bei der JA 13-Aktion in Düsseldorf am 26.11.2019



Holweide-Erlass bleibt: Freiräume für Gesamtschulen

Interview über das System Holweide und Regelungen für Gesamtschulen in NRW

// Fabian Kaske, GEW NRW



Ein Erlass für nur zwei Kölner Schulen?! Im Interview mit Schulleiterinnen der Gesamtschule Köln-Holweide klären wir das Kuriosum auf. Die langjährige Schulleiterin Anne Ratzki und die aktuelle Schulleiterin Christa Dohle erläutern das System Holweide und welche Freiheiten sie sich für alle Gesamtschulen wünschen.

Im Jahr 1984 wurde im Holweide-Erlass die pädagogische Ausrichtung der Gesamtschulen Köln-Holweide und Köln-Höhenhaus gewürdigt. Was sind die Besonderheiten?

ANNE RATZKI: Die Gesamtschulen Holweide und Höhenhaus in Köln wurden 1975 gegründet. Sie gehören zur zweiten Generation von Gesamtschulen und konnten schon auf die Erfahrungen der ersten Gesamtschulen

aufbauen. Diese wollten allen Kindern gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen ermöglichen, trennten aber in den Hauptfächern Englisch, Mathematik, Deutsch und Naturwissenschaften die Schüler*innen nach Leistung ab der siebten Klasse. Kinder aus bildungsfernen Familien wurden häufiger in die unteren Leistungskurse eingeteilt und verpassten damit den Zugang zur Oberstufe und zum Abitur. Die Kölner Gesamtschulen Holweide und Höhenhaus wollten ohne diese sogenannte Fachleistungsdifferenzierung mit den ganzen, leistungsheterogenen Klassen arbeiten.

In Holweide wurde jede Jahrgangsstufe in Teams aufgeteilt. Zu einem Team gehörten drei Klassen und sechs Lehrkräfte, die vorwiegend in diesen Klassen unterrichteten und eng zusammenarbeiteten. In den Klassen bildeten wiederum fünf bis sechs Schüler*innen mit unterschiedlichen Leistungen eine Tischgruppe, die in allen Fä-

chern zusammen blieb und sich untereinander half, damit alle die Lernziele erreichen konnten. Der Unterricht lief so gut, dass fast alle Eltern ganz auf Fachleistungsdifferenzierung verzichten wollten.

Es gab dann zähe Verhandlungen mit dem Kultusministerium, um das Modell weiterführen zu können. Am Ende durfte in Deutsch und Naturwissenschaften komplett auf die Fachleistungsdifferenzierung verzichtet werden. In Mathematik konnte die Fachleistungsdifferenzierung bis zum Ende der achten Klasse verhindert werden.

Warum brauchte es dann einen Erlass?

ANNE RATZKI: Im Schulgesetz des Landes war und ist die Fachleistungsdifferenzierung vorgeschrieben. Der Holweide-Erlass von 1984 genehmigte die Ausnahme für Holweide und Höhenhaus. Im Erlass ist auch die Notengebung in den gemeinsam unterrichte-

ten Fächern und der Übergang in die Oberstufe geregelt.

Was bedeutete die Aufhebung der Fachleistungsdifferenzierung für die Gesamtschulen?

CHRISTA DOHLE: Die Schüler*innen können seitdem viel länger gemeinsam lernen und werden in den Fächern Deutsch und Naturwissenschaften gar nicht mehr in Grund- und Erweiterungskurse (G- und E-Kurse) eingeteilt. Im Unterschied zu anderen Gesamtschulen wird in Holweide und Höhenhaus in Mathematik erst ab der neunten Klasse differenziert. Selbst wenn die Schüler*innen zum Teil

Die Landesregierung hat überlegt, den Holweide-Erlass auslaufen zu lassen. Welche Auswirkungen hätte das auf den schulischen Alltag an der Gesamtschule Holweide gehabt?

CHRISTA DOHLE: Ich glaube, dass wir einen wesentlichen Baustein unseres pädagogischen Konzeptes verloren hätten. Wir hätten sicherlich gänzlich auf eine äußere Differenzierung in getrennten Räumen verzichtet, aber dennoch hätte die Zuweisung zu Fachleistungskursen bedeutende Auswirkungen auf die Haltung der Lernenden und Lehrenden gehabt.

Wie ist diese Beschränkung von Gesamtschulen in NRW in überregionaler oder internationaler Perspektive zu sehen? Gibt es einen Trend zur Beschneidung der Rechte von Gesamtschulen?

Der Holweide-Erlass soll nach Aussagen des Schulministeriums erhalten bleiben. Trotzdem bleiben die Bedingungen für die meisten Gesamtschulen im Land weiter stark reglementiert. Was wünschen Sie sich für alle Gesamtschulen?

CHRISTA DOHLE: Für alle Gesamtschulen wünsche ich mir Freiräume, um neue Konzepte auszuprobieren und Modelle zu entwickeln, die für den jeweiligen schulischen Kontext passend sind. Pilotphasen und Modellversuche sind die besten Möglichkeiten, um Erfahrungen zu sammeln und Schulentwicklung zu betreiben. Außerdem wünsche ich mir natürlich viel mehr Sonderpädagog*innen, insgesamt mehr Lehrpersonal, kleinere Klassen, bessere Räumlichkeiten, die pädagogische Konzepte unterstützen, und Zeit zum Planen und Umsetzen verschiedener Vorhaben. Wann sollen wir uns endlich auf die enormen Umwälzungen unserer Zeit einstellen? Wie ermitteln wir

keine äußere Differenzierung mehr erfahren und in einem Raum unterrichtet werden macht es nach unserer Erfahrung, einen Unterschied für die Lernmotivation, ob sie einem G- oder E-Kurs zugewiesen sind.

ANNE RATZKI: Der Vorteil ist, dass die Schullaufbahn für alle länger offen bleibt, nämlich bis zur zehnten Klasse. Die Einordnung in den G-Kurs kann träge machen und entmutigen. Wenn bessere und schwächere Schüler*innen gemeinsam lernen, haben die schwächeren Vorbilder, können sich ausprobieren und erhalten dieselben anspruchsvollen Angebote. Stärkere werden nicht ausgebremst, sondern gewinnen dadurch, dass sie Schwächeren etwas erklären. Besonders wichtig ist das in der Inklusion: Gemeinsamer Unterricht und die Trennung von Kindern mit Förderbedarf in Fachleistungskursen widersprechen sich.

ANNE RATZKI: In Nordrhein-Westfalen ist die Beschränkung durch das Schulgesetz besonders stark. Schulen dürfen zwar selbst entscheiden, in welchen Fächern sie die Schüler*innen nach Fachleistung in getrennten Räumen oder gemeinsam unterrichten wollen, aber sie müssen sie auf jeden Fall einteilen und die Kurszuteilung im Zeugnis vermerken.

In Berlin ist für die Gemeinschaftsschulen die Fachleistungsdifferenzierung untersagt und auch Baden-Württemberg kennt in den Gemeinschaftsschulen keine festgelegte Fachleistungsdifferenzierung. Schweden hat schon in den 1960er Jahren mit Fachleistungsdifferenzierung experimentiert, mit den gleichen Ergebnissen wie später in Deutschland: Kinder aus bildungsfernen Familien saßen meist in den unteren Leistungskursen. Daraufhin wurde die Fachleistungsdifferenzierung verboten. Auch Norwegen und Finnland kennen sie nicht.

die Fähigkeiten, die die Schüler*innen in Zukunft brauchen? Wie bereiten wir die Lehrer*innen darauf vor? Wann ändert sich die Lehrer*innenausbildung entsprechend? Ohne fundierte Konzepte kann dies alles nicht funktionieren.

Zuerst online erschienen auf der GEW Homepage unter:

<https://www.gew-nrw.de/meldungen/detail-meldungen/news/holweide-erlass-bleibt-freiraeume-fuer-gesamtschulen.html>, 11.12.2019

Bericht von der Veranstaltung „Gewalt gegen Lehrkräfte“

// Von Elisabeth Sussiek, Christiane Balzer und Heiner Brokhausen, Mitglieder der FG Sonderpädagogische Berufe

Im Mai 2019 waren die Lehrerräte der Förderschulen und interessierte Kolleg*innen zu einem Austausch zu aktuellen Themen rund um die Förderschule eingeladen. Die anwesenden Kolleg*innen berichteten unter anderem über ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit erlebter Gewalt, die von Schülern oder Eltern an den jeweiligen Schulen ausging. Hierbei fiel auf, dass der Umgang der Systeme mit derartigen Vorfällen sehr unterschiedlich ist und keine Handlungssicherheit gegeben ist.

Es wurde beschlossen, zu diesem brennenden Thema eine Veranstaltung zu machen. Diese fand am 28.11.2019 statt.

Mitglieder der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe und GEW-Personalratsmitglieder für Förderschulen bereiteten den Abend vor und berichteten dort über Konzepte, Vorgehensweisen und unterschiedliche Aspekte zum Thema.

Gewaltproblem ist erheblich

Zu Beginn wurde durch Zahlen untermauert, wie groß sich das Problem darstellt. 25 % der anerkannten Dienstunfälle sind laut Jahresbericht 2016 der Unfallkasse NRW auf Gewalt gegen Lehrkräfte zurückzuführen. Der Anteil wäre sicherlich noch höher, wenn alle betroffenen Kolleg*innen entsprechende Ereignisse als Dienstunfall eintragen würden. Auch die Ergebnisse der COPSOQ-Befragung zur Lehrer*innen-Gesundheit zeigten, dass die Gewalt gegen Lehrkräfte für die Lehrer*innen und Lehrer an Förderschulen das größte Problem darstellt und im Vergleich mit anderen Schulformen dabei herausragt. Die Lehrkräfte an Förderschulen waren am häufigsten mit den unterschiedlichen Formen der Gewalt konfrontiert. Aus den oben aufgeführten Gründen war „Gewalt gegen Lehrkräfte“ auch schon Schwerpunktthema einer Personalversammlung.

Konzepte

Anschließend wurden die bestehenden Konzepte der Bezirksregierungen und der Notfallordner vorgestellt, mit besonderem Augenmerk auf die entsprechende Handreichung der Bezirksregierung Münster und den Notfallordner, da die Bezirksregierung Köln kein eigenes Papier erstellt hat und auf diese verweist.

Im Vorwort der Handreichung der Bezirksregierung Münster ist hervorgehoben, dass ein selbstbewusster und sensibler Umgang mit Unversehrtheit der einzelnen Lehrkraft im Vorder-

grund steht. Der ehemals defensive Umgang mit diesem Thema (vgl. Handreichung zu pädagogischen Grenzsituationen der Bezirksregierung Detmold) ist hier bewusst verändert worden. Diese Vorgehensweisen werden allerdings in der Praxis oft nicht ausreichend umgesetzt, unter anderem aufgrund einer unbefriedigenden und uneinheitlichen Gemengelage zwischen Schulleitungen und Dienstaufsichten.

Bewusstsein entwickeln

Im Austausch wurde deutlich, dass das Bewusstsein für die Problematik und die Gesundheitsgefährdung bei vielen Kolleg*innen noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist. Gewalt gegen schulisches Personal wird oft verschleiert, verniedlicht oder sogar als nichtig beurteilt. Die eigene innere Einstellung bzw. der pädagogische Anspruch hält viele Kolleg*innen davon ab, sich als Opfer von gewalttätigem Verhalten von Seiten der Schüler*innen wahrzunehmen. Die Annahme, dass wiederkehrende Formen von Übergriffigkeit und Gewalt im Kontext sonderpädagogischer Förderung vorkommen, rechtfertigt in den Köpfen vieler das Aushalten bzw. die Duldung dieser Verhaltensweisen. Auch ist die Meinung weit verbreitet, dass eine bestimmte Behinderungsform Gewaltausbrüche rechtfertigt und begründet. Dem ist aber nicht so!

Eigene Schulkonzepte nötig

Ein Mitglied der Fachgruppe stellte das Gewaltkonzept der eigenen Schule vor. Das Kollegium hatte konkrete Maßnahmen für die Bereiche Prävention, Begleitung der Betroffenen und weitere Nachsorge sowie für die Gewaltverursacher vereinbart und beschlossen. Er berichtete, dass es nun für alle Kolleg*innen und auch für die Schulleitung mehr Handlungssicherheit für diese belastenden Situationen gebe.

Es ist daher für alle Schulen ratsam ein derartiges Konzept zu entwickeln.

Intensive Unterstützung der Betroffenen

Als Resümee der unterschiedlichen Konzepte wurden neben der Handreichung der Bezirksregierung Münster vor allem der Notfallordner, der an jeder Schule griffbereit vorliegen muss, und das schulspezifische Konzept hervorgehoben. Zudem ist das Vorgehen der Bezirksregierung Düsseldorf, bei entsprechenden Vorfällen das Verfahren zu übernehmen, sehr hilfreich. Es wäre gut, wenn die Bezirksregierung Köln dies auch entsprechend für ihre Lehrkräfte anwenden würde. Neben der 24h BAD-Hotline und dem Angebot des schulpädagogischen Dienstes wäre dies ein weiterer, wichtiger Baustein um betroffene Kolleg*innen mehr zu entlasten.

Am Ende der Veranstaltung wurde noch einmal hervorgehoben, dass es sehr bedeutsam ist, einen schulinternen Ablauf- und Handlungsplan für Gewaltsituationen zu entwickeln, der eine einheitliche, unterstützende Vorgehensweise für die Betroffenen gewährleistet.

Darüber hinaus ist es äußerst wichtig, Gewaltvorfälle zu dokumentieren und Kollegium, Schulleitung, Schulaufsicht und den Personalrat darüber zu informieren.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf die Forderungen/Empfehlungen der GEW (Flyer „Gewalt gegen Lehrerinnen und Lehrer“) verweisen:

- Offener Umgang mit Gewaltvorfällen
- Notfallnummer in Bezirksregierung einrichten
- Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stellen
- Unterstützungsangebote vor Ort realisieren
- Jede Art von Bedrohung als Dienstunfall melden
- Den Gesundheitszustand dokumentieren
- Bei schwereren Delikten Strafanzeige über den Arbeitgeber stellen
- Versorgungs- und Versicherungsschutz in Anspruch nehmen
- Unterstützungsangebote sicherstellen
- Zukünftige Gewaltvorfälle vermeiden helfen

Elektroautos befördern keine Verkehrswende

Gemeinsam mit dem „Bündnis Verkehrswende Köln“ führte die Kölner GEW im DGB-Haus eine spannende und gut besuchte Veranstaltung zum Thema „Elektromobilität und Verkehrswende“ durch. // **Angela Bankert, ehem. Geschäftsführerin der GEW Köln**



Das „Bündnis Verkehrswende Köln“ ist ein Zusammenschluss von Aktivist*innen, die sich gegen die erneute Verschwendung hunderter Millionen von Euro für einen Ost-/West-Bahntunnel aussprechen und diese Ressourcen in den Ausbau des ÖPNV, günstige Ticketpreise und eine Verkehrswende in Köln investiert sehen möchten. Die GEW Köln ist teil dieses Bündnisses und mit Angela Bankert im Sprecher*innenrat vertreten. Weitere Infos unter: <https://verkehrswende.koeln/>

Den Einstiegsvortrag mit vielen Fakten und Argumenten hielt der Verkehrsexperte Dr. Winfried Wolf, Chefredakteur von „Lunapark 21“ (Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie), Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac sowie Sprecher des Bündnisses „Bahn für Alle“. Als Bundestagsabgeordneter war er in zwei Amtsperioden verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion (heute: DIE LINKE).

Die Frage der Ökobilanz

Wolf erläuterte, dass die CO2-Bilanz eines Elektroautos im Vergleich zu einem Benzin- oder Diesel maximal um ein Viertel besser ausfällt – allerdings nur, wenn der Strommix stimmt und das Auto lange genug fährt. Ein akkubetriebenes Auto emittiert während der Fahrt kein Kohlenstoffdioxid, seine Produktion setzt jedoch viel mehr CO2 frei als die Herstellung eines Kraftfahrzeugs mit Verbrenner-Motor. Diese Hypothek müsste das Elektroauto im Lauf seines Lebens erst einmal begleichen. Gleichzeitig wird die Abhängigkeit vom Öl ergänzt durch die Abhängigkeit von anderen endlichen Ressourcen wie Kupfer, Nickel, Lithium, Kobalt und allgemein die „seltene Erden“.

Das Problem der PKW-Dichte

Es geht der Autoindustrie auch keineswegs darum, die PKW-Flotte auf den Straßen durch eine E-Flotte zu ersetzen oder sie insgesamt zu reduzieren. Zwar soll der Anteil an E-Autos steigen, aber auch die Gesamtzahl aller PKW, so die Planungen der Autoindustrie insbesondere für den chinesischen Markt.

Alle Untersuchungen in Ländern mit größerer E-Flotte (z.B. Norwegen) zeigen, dass es sich bei den E-Autos in der Stadt zum

großen Teil um Zweit- oder gar Drittwagen handelt. Das ist auch auf technische Aspekte wie Reichweite, Gewicht, Ladedauer und Ladestrukturen zurückzuführen. E-Autos sind vor allem Mobilitätsmittel für den gehobenen Mittelstand, der über ein Haus mit Garage/Carport inklusive Wallbox (Ladestation für zu Hause) verfügt.

Damit sind E-Autos ein neuer Beitrag zur Erhöhung der PKW-Dichte insgesamt – vor allem in den Städten.

Hinzu kommt: Auch wenn alle 950 Millionen PKW auf der Erde Elektroautos wären, bliebe es bei einer Million Verkehrstoten im Jahr und bei einem Flächenverbrauch, der wesentlich größer ist als der des Verkehrs zu Fuß, mit dem Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln.

E-Mobilität macht laut Wolf in bestimmten Bereichen Sinn: bei der Bahn im Regional- und Fernverkehr (die Elektrifizierung ist längst nicht abgeschlossen), beim Schienenverkehr im ÖPNV, bei Omnibussen (Stichwort: „Trolleybusse“), bei Restverkehr mit kleinen PKW, die nicht von anderen Verkehrsträgern erbracht werden können (u.a. beim CarSharing, bei Taxen und/oder Shuttlebussen).

Jobwunder E-Auto?

Auch das Arbeitsplatzargument zieht nicht. Wolf wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im Umweltbereich in den letzten drei Jahrzehnten zwei Millionen neue Jobs entstanden sind. Allein in der Fahrradbranche sind 250.000 Vollzeitarbeitsplätze entstanden. Demgegenüber sind weitere hunderttausende umweltfreundliche Jobs entweder verhindert oder sogar abgebaut worden (z.B. in der Solar- und Windkraftbranche). Auch die in den letzten drei Jahrzeh-

ten eingesparten 200.000 Jobs bei der Bahn und im ÖPNV fehlen schmerzhaft und müssen wieder aufgebaut werden.

Gleiches gilt für die Bahntechnik (Produktion von Loks, Triebwagen, Waggons, der Elektrik und Elektronik, der Signalisierung, dem Streckenbau und der Instandhaltung der Schieneninfrastruktur usw.). Hier wurden in den vergangenen drei Jahrzehnten mehr als 70.000 Arbeitsplätze abgebaut. Auch diese müssten wieder aufgebaut werden, wenn wir die Verkehrswende realisieren wollen.

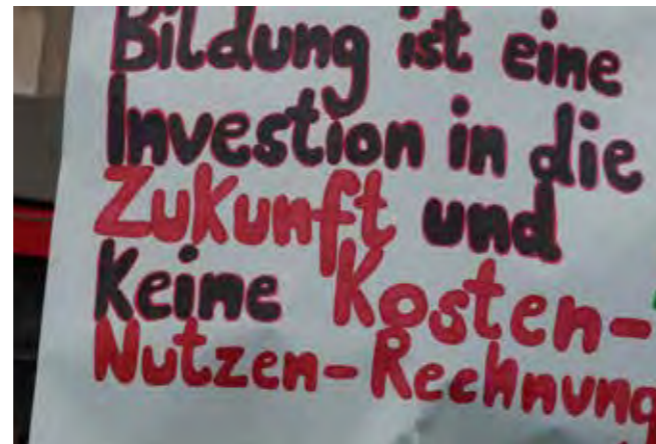
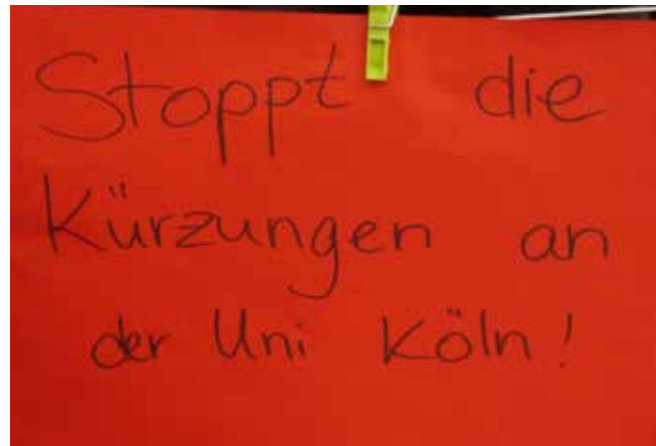
Alternative Konzepte

Wolf beschrieb die Aufgabe, neue Arbeitsplätze mit umweltverträglichen Produkten und Dienstleistungen einzufordern, Möglichkeiten zur Konversion der Autoindustrie zu diskutieren und für allgemeine Arbeitszeitverkürzungen zu kämpfen.

In der Diskussion wurden weitere Themen angesprochen wie etwa der Kampf um den Nulltarif und Schritte dorthin (z.B. das „Wiener Modell“ des 365-Euro-Tickets). Immer wieder wurde auch auf die Schweizer Bahn verwiesen, wo es günstige Tickets für alle Verkehrsbereiche und eine dichte Taktung im Verkehrsnetz gibt. Das Land hat bezeichnenderweise keine Autolobby. Es kam der Vorschlag, die Bundesregierung solle statt 6.000 Euro beim Kauf eines E-Autos besser den Kauf der „Bahncard 100“ subventionieren.

Am Ende war man sich einig: Schon aus Gründen des Klimaschutzes brauchen wir eine radikale Wende in der Verkehrspolitik. Dabei ist nicht das E-Auto die Lösung, sondern entscheidend sind vor allem die Reduzierung des Individualverkehrs, der Ausbau des ÖPNV und der Fahrradwege.

Links: <https://www.lunapark21.net/das-elektroauto-eine-sackgasse/>



Mit Blick auf die Kommunalwahl 2020: Für eine bedarfsgerechte Finanzierung im Bildungsbereich!

Ende letzten Jahres haben die GEW-Stadtverbände Bonn und Köln mit einer gemeinsamen Demonstration auf Missstände in KitAs, (Hoch-)Schulen und Weiterbildungseinrichtungen aufmerksam gemacht. Fest steht: Wir bleiben dran! Im Folgenden haben wir einige Forderungen aus den Fachgruppen zusammengefasst, die in die „Kommunalpolitischen Forderungen der Kölner Gewerkschaften 2020-2025“ eingehen werden. // **Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin der GEW Köln, Guido Schönian, für die „Projektgruppe Bildungsalarm“**

Gute Bildung für alle Menschen in unserer Stadt zu gewährleisten, ist eine der Hauptaufgaben der Kommune. Dabei steht eine Millionstadt wie Köln vor der Herausforderung, den stets wachsenden Bedarf an Bildung zu sichern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass Qualität und Arbeitsbedingungen nicht darunter leiden. In all diesen Punkten gibt es jedoch seit Jahren dringenden Handlungsbedarf. Im gesamten Bildungssektor sind die Probleme vielfältig und doch gleich, wir brauchen endlich echte und wirksame Entscheidungen:

Schluss mit Klassen und Kursen, die aus allen Nähten platzen, und viel zu großen Gruppen in KiTas: Deshalb fordern wir die Verkleinerung der Lerngruppen aller Bildungsinstitutionen, die bedarfsgerechte Aufstockung der Stellen und die Verbesserung der Personalschlüssel!

Angemessene und gerechte Bezahlung für eine anspruchsvolle und anstrengende Arbeit: Deshalb fordern wir eine bessere Bezahlung in den KiTas, Schulen, im Offenen Ganztage und der Weiterbildung, TVöD/TV-L bei allen Trägern sowie gleiche Vergütung bei gleichwertiger Arbeit im Bildungswesen insgesamt. Schluss mit prekärer Beschäftigung bei der Stadt Köln!

Schluss mit Unterrichtsausfall und Befristungsunwesen: Deshalb fordern wir die Besetzung aller offenen Stellen sowie ein Ende der Befristungspraxis und Scheinselbstständigkeit durch Festanstellungen in allen Bildungsbereichen, insbesondere in der Erwachsenenbildung und an Hochschulen!

Schluss mit dem Gebäudenotstand: Wir fordern den Ausbau städtischer Schulen, Volkshochschulen und KiTas. Bildung und Bildungseinrichtungen gehören in öffentliche Hand. Kommunen sollen selbst bauen anstatt in Öffentlich-Private-Partnerschaften

(ÖPP) ausgliedern. Bildungseinrichtungen müssen instand gehalten werden – daher Schluss mit maroden Gebäuden und Sanierungsstau!

Es kann nicht darum gehen, dass wir uns immer weiter dem Mangel beugen. Stattdessen müssen die Verhältnisse im Bildungsbereich dem Bedarf angepasst werden. Dies erfordert vor allem eine bedarfsgerechte Finanzierung, auch durch die Kommune. Wer an Bildung spart, spart am falschen Ende, und hat letztendlich unkalkulierbare Folgekosten zu verantworten. Investitionen in Bildung sind nicht nur notwendig, sondern zahlen sich sogar doppelt und dreifach aus.

Die Forderungen der einzelnen Bildungsbereiche in Köln (auszugsweise):

KiTa

Lärmschutzmaßnahmen; Sonnenschutz – auch mit Blick auf die klimatischen Veränderungen (arbeiten in Räumen mit Kindern bei Temperaturen von 40°C und mehr); Renovierungen in angemessenem zeitlichen Rahmen; Anpassungen an neue Herausforderungen im präventiven Gesundheitsschutz wie beispielsweise höhenverstellbare Wickelkommoden u.v.m.; Arbeitsgerechtes Mobiliar, z.B. pro Gruppe einen Erwachsenentisch mit entsprechender Bestuhlung für Personal und Kinder.

Schule

Zügige und zeitgemäße Sanierung aller Schulgebäude in Köln; gegen soziale Auslese braucht es einen schulbezogenen Sozialindex in Köln; unser Ziel im Sinne des inklusiven Lernens ist eine Schule für alle. Übergangsweise streben wir ein zweigliedriges Schulsystem mit Gesamtschulen auf der einen und Gymnasien und Berufsschulen auf

der anderen Seite an; Gesamtschulneubauten in Ossendorf und Rondorf zügig realisieren und darüber hinaus weitere Gesamtschulen in Köln einrichten; Verkleinerung der Klassengrößen und der Instandhaltung der Schulgebäude und Unterrichtsräume.

OGS

Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Vertragssituationen; Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Wir fordern die Bezahlung wie im öffentlichen Dienst nach TVöD und eine tarifliche Eingruppierung wie im Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE). Die Stadt soll nur noch mit Trägern zusammen arbeiten, die ihre Mitarbeiter*innen entsprechend dem geltenden Tarif TVöD/SuE entlohnen; ausreichende Stundenzahl, um die vielfältige pädagogische Arbeit bewältigen zu können, eine angemessene Gruppengröße und einen tragbaren Personalschlüssel.

Erwachsenen- und Weiterbildung

Das Weiterbildungsangebot der VHS muss in vollem Umfang erhalten, ja sogar ausgebaut werden; die prekären Beschäftigungsbedingungen an der VHS müssen konsequent zurückgeführt werden; Die Kommune als Auftraggeber muss der besonderen Situation Rechnung tragen, dass rund 80% der Honorarlehrkräfte Frauen sind, indem Mutterschutz und ein Wiedereinstieg nach der Elternzeit gewährt werden.

Hochschule

Siehe gesonderten Artikel in der Rubrik AUSDEN GREMIEN auf Seite 13.

Was soll das „Maßnahmenpaket“ von Gebauer?

Ende November legte die Landesregierung ihr drittes, sogenanntes „Maßnahmenpaket zur Gewinnung von Lehrkräften“ vor. Wie ist dieses zu bewerten? // **Henning Frey, Mitglied der GEW Köln**

Die Landesregierung geht in ihrem Maßnahmenpaket von einem „Bewerberüberhang“ in einigen Schulformen aus und will mit dem neuen Maßnahmenpaket verstärkt Sek. II-Lehrkräfte für Schulformen mit „Mangel“ gewinnen. Weiterhin sollen in Schulen mit „besonderen Problemlagen“ bei einer „Neueinstellung von Lehrkräften mit einer der Schulform entsprechenden Lehramtsbefähigung (...) Zuschläge in der Höhe von monatlich 350,- Euro brutto für zweieinhalb Jahre gezahlt werden“ können „Voraussetzung ist, dass keine Versetzungen aus dem Versetzungsverfahren vorliegen und die Schulen im vergangenen Jahr alle Besetzungsverfahren erfolglos genutzt haben (...)“ (Pressemitteilung des MSB vom 21.11.2019).

Was will sie tatsächlich mit ihrem „Maßnahmenpaket“ erreichen?

Die Landesregierung behebt nicht den Lehrermangel, sondern produziert ihn jeden Tag neu selbst

In der Einleitung der Pressemitteilung zu dem neuen Maßnahmenpaket heißt es: „Der Lehrkräftemangel ist ein bundesweites Phänomen (...)“. Ein Phänomen, mit dem die Landesregierung nichts zu tun hat? Sicher nicht! Die Landesregierung ist verantwortlich für diese Situation, weil sie selbst - zugegebenermaßen ebenso wie die anderen Landesregierungen - und ihre Vorgängerregierungen über Jahre durch ihre Politik die Lage im Bildungswesen bestimmt hat!

Nun besitzt die Landesregierung die Unverfrorenheit, sich in die Pose derjenigen zu setzen, die sich über den „Lehrermangel“ besorgt zeigt, während sie praktisch zeitgleich einen neuen Bildungshaushalt für 2020 vorlegt, mit dem sie ihre Politik ungebrochen fortsetzt. Eisern hält die Regierung an den berühmt-berüchtigten „Klassenfrequenzrichtwerten“ und den daraus abge-

leiteten Schüler-Lehrer-Relationen fest. Sie sind der wesentliche Grund dafür, dass die Klassengrößen jenseits der Größen liegen, die allen Schülerinnen und Schülern Bedingungen für die Erreichung ihrer Lernziele bieten und den Lehrkräften einen erfolgreichen Unterricht erlauben. In den bei der Sitzung des Schulausschusses des Landtags am 2.10.2019 vorgelegten „Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2020“ heißt es dazu nur lapidar: „Die Schüler-Lehrer-Relationen

bleiben im Haushalt 2020 unverändert“! Für die Sekundarstufe der Gesamtschulen und Gymnasien und für die Realschule bedeutet das weiterhin: 27 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse mit den entsprechenden Bandbreitenregelungen nach oben, von denen wir aus unserem Schulalltag wissen, dass sie unter Anwendung diverser Ausnahmeregelungen ebenfalls noch weiter nach oben überschritten werden können. Für die 5. Klassen sind es weiterhin bis zu 34 oder für die Hauptschulen in allen Klassen bis zu 30 Schüler*innen. Aber auch für die Grundschulen usw. liegen die Klassenfrequenzrichtwerte immer noch weit jenseits der 20 Schülerinnen und Schüler!

Die Folge ist, dass viele Lehrerinnen und Lehrer unter diesen Bedingungen nicht mehr ihr volles Deputat unterrichten können. Die Statistik weist für die einzelnen Schulformen die entsprechenden Teilzeitquoten aus: 46,5% beträgt sie in der Grundschule, 35,8% in der Realschule, 33,4% im Gymnasium, 30,1% im Berufskolleg ... 35% im Schnitt über alle Schulformen hinweg (Quelle: Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht. 2018/19). Bei aller Berücksichtigung individueller Lebensplanung sprechen die Zahlen für sich und zeigen: Die Landesregierung treibt die Lehr-

kräfte aus dem Beruf, für viele ist ihr Beruf unter den herrschenden Bedingungen nicht mehr oder nur unter der Bedingung auszuüben, dass sie ihre Arbeitszeit kürzen. Für sie bedeutet es zusätzlich die Inkaufnahme der entsprechenden Gehaltskürzungen

Die Schüler-Lehrer-Relationen bleiben im Haushalt 2020 unverändert“!

und Einschränkungen der Altersvorsorge. Es ist klar, wo man dann z.B. als Lehrkraft in der Grundschule oder im Sek. I Bereich bei einer gegenwärtigen Eingruppierung in A12 oder EG11 schnell landet! Es ist ebenso

klar, dass unter diesen Bedingungen offene Stellen auch nicht mehr neu besetzt werden können.

Die Landesregierung blockiert weiter eine Lohnerhöhung für alle Lehrerinnen und Lehrer ...

Leider kann an dieser Stelle nicht auf alle Faktoren eingegangen werden, die in der Vergangenheit dazu beigetragen haben, dass wir jetzt einen solchen Zerstörungsprozess im Bildungswesen erleben. Aber ganz sicher gehört die Verschlechterung der Bezahlung im Vergleich zu den Beschäftigten mit einer entsprechenden Ausbildung und Verantwortung in anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge dazu! Deshalb haben wir auch als Kolleginnen und Kollegen im Arbeitskreis für Angestellte des GEW-Stadtverbands Köln am 9.12.2019 über das Maßnahmenpaket diskutiert. Wir haben unsere Diskussion als Einladung für die nächste Sitzung zusammengefasst. Ich möchte aus dieser Zusammenfassung hier gerne zitieren:

„Alles an diesem neuen Paket ist im Grunde eine Verhöhnung der Lehrkräfte: Für einige wenige soll es ein paar Monate lang 350,- Euro mehr geben, während für die Gesamtheit der Lehrer, die die Schulen und den Unterricht Tag für Tag aufrecht erhalten, eine Verbesserung der Bezahlung ausgeschlossen wird.“

Dazu gehört, dass z.B. die Landesregierung ganz offen die Erfüllung der seit langem von den Kolleginnen und Kollegen genannten Forderung nach der Höhergruppierung der Grundschul- und Sek. I-Lehrer von der A12 in die A13 verweigert.

Dazu gehört auch, dass die Landesregierung den Tausenden von Kolleginnen und Kollegen, die Vertretungsunterricht erteilen, eine Festanstellung verweigert. Allein zum Zeitpunkt, wo dieser Text geschrieben wird, sind 713 Stellen in Verena ausgeschrieben!

Dazu gehört auch, dass überall angestellte Lehrkräfte für die Aufrechterhaltung des Unterrichts im Regelbetrieb unentbehrlich sind, aber die Landesregierung ihnen die Eingruppierung nach dem Grundsatz A13 = EG 14 vorenthält - mit allen negativen Konsequenzen bis hin zu enormen Verlusten bei der Altersversorgung.

Dazu gehört auch, dass die Landesregierung Krokodilstränen über den angeblichen

„Lehrermangel“ vergießt, wobei sie in den Gymnasien, wo die Klassen aus allen Nähten platzen, die Einstellung von Tausenden von Referendaren verweigert! (...)

In Wirklichkeit läuft also die gesamte Politik der Landesregierung auf eine Spaltung der Lehrkräfte hinaus: Neueingestellte gegen Altbeschäftigte, Angestellte gegen Beamte, Kollegen in der einen Schulform gegen die in der anderen, usw., usf. ... Wir haben im Arbeitskreis für angestellte Lehrkräfte darüber diskutiert, dass wir das nicht hinnehmen wollen.“

Als GEW gehen wir von unseren gemeinsamen Forderungen gegenüber der Landesregierung aus!

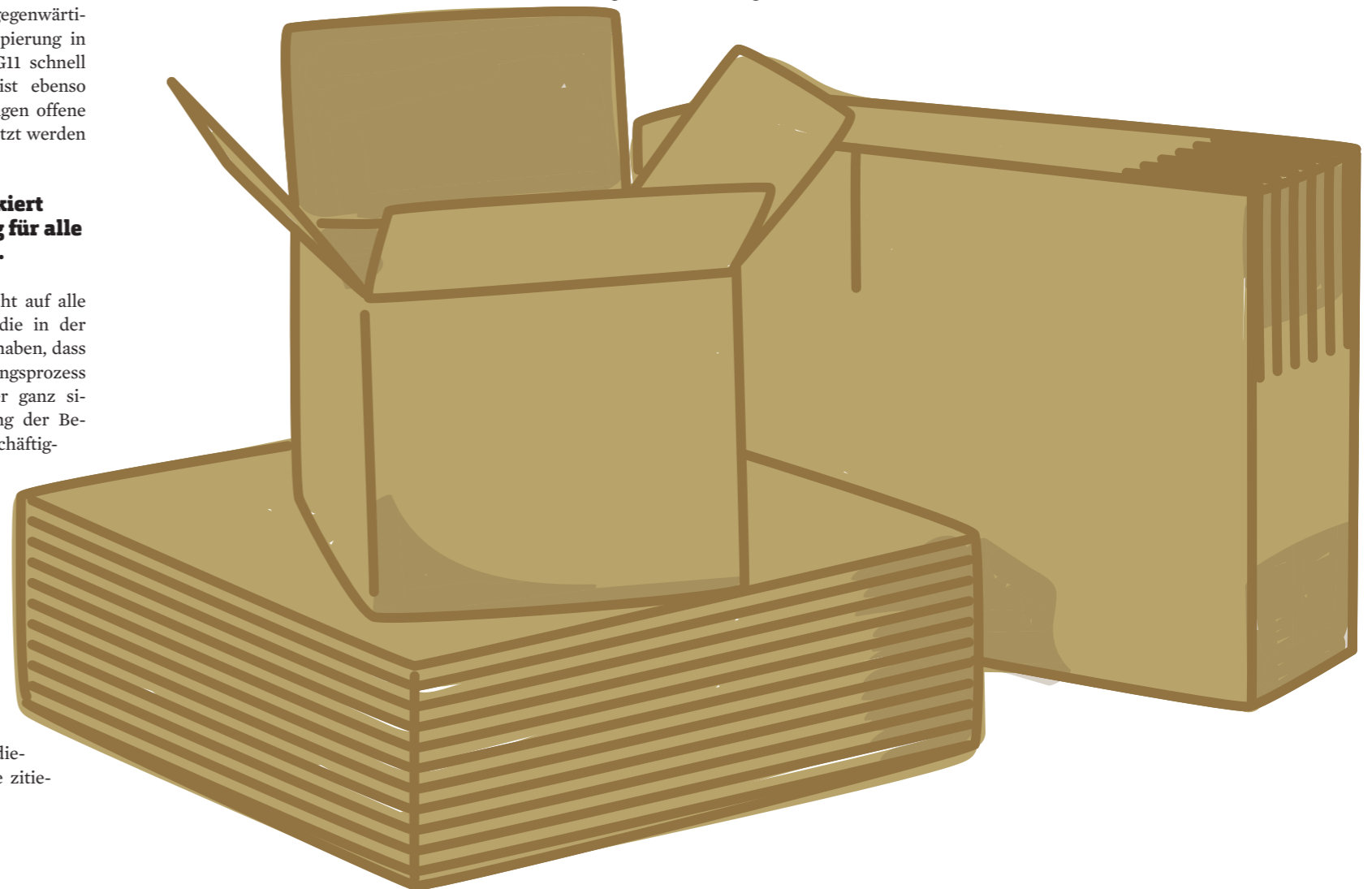
Als Lehrkräfte arbeiten wir in verschiedenen Schulformen, in verschiedenen Statusgruppen und unter unterschiedlichen Bedingungen, aber unsere Forderungen gehen in dieselbe Richtung:

Im ersten Schritt verlangt die Behebung des Lehrermangels sofort die Festeinstellungen aller Kolleginnen und Kollegen, die zum Teil schon seit Jahren mit immer wieder neuen Zeitverträgen arbeiten!

Und es geht ganz klar um eine gerechte Bezahlung: die Zehntausenden von Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen

und im Sekundarbereich I haben das Recht auf eine Eingruppierung in der A13. 17,7% der Lehrkräfte an den Grundschulen sind Angestellte, 35,3% sind es in der Hauptschule, 22% in der Gesamtschule, 14% am Gymnasium, 19,4 bis 46,4% an den unterschiedlichen Förderschulen und 30% an den Berufskollegs: Sie haben ein Recht auf gleiche Bezahlung wie die Beamten, d.h. dass ein Angestellter, der die Tätigkeit eines Beamten mit A13 ausübt, in die EG14 eingruppiert und die Eingruppierung in den anderen Entgeltgruppen angehoben werden muss. Die Klassen in allen Schulformen sind zu groß, deshalb müssen die bisherigen „Klassenfrequenzrichtwerte“ weg!

Wir haben gemeinsame Forderungen, die unvereinbar sind mit der Politik der Landesregierung und ihren „Maßnahmenpaket“. Unsere Gewerkschaft GEW kann für alle Lehrkräfte der Rahmen für eine gemeinsame Mobilisierung sein! Den sollten wir nutzen und uns dafür einsetzen! Mit der Demonstration der GEW-Stadtverbände Köln und Bonn am 9.11.2019 haben wir einen ersten Schritt dazu gemacht. Es ist gut, dass wie beschlossen haben, diese gemeinsame Mobilisierung fortzusetzen und dass jetzt die Fachgruppen, Arbeitskreise und Schulgruppen über die Form und den Zeitpunkt der nächsten Aktion diskutieren!



In Frankreich sind „nur 3,5 Prozent der heutigen Rentner von Armut betroffen. Dieser Wert ist Spitze innerhalb der Industrieländergemeinschaft OECD.“ (DIE ZEIT, 17.12.2019)



Am 11. Januar 2020 in Rouen: „Bildung im Kampf“ + „Stoppt die Prekarisierung in der Bildung!“

Was geht uns das an?

„Fachkräftemangel“, „zu hohe Lohnnebenkosten“, „Überalterung der Gesellschaft“ - die Kolleg*innen im Nachbarland Frankreich scheint das alles wenig zu interessieren. Haben sie auch noch Recht mit ihrem Kampf gegen die eigene Regierung? // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

„In Deutschland ist die Rente bei Frauen über 65 heute im Schnitt um 46 Prozent niedriger als bei Männern.“ (tagesschau.de, 27.11.2019)

Der 7. Januar 2020, unser erster Schultag im neuen Kalenderjahr, markierte den 34. Tag des Renten-Konflikts im Nachbarland Frankreich. Seit dem 5. Dezember ist es dort ununterbrochen zu Aktionen der Beschäftigten gegen die Regierung gekommen, die die Rentenregelungen und -systeme reformieren will. An drei Tagen wurde zu zentralen und landesweit durchgeführten Streiks und Demonstrationen aufgerufen. In den unterschiedlichen Branchen wurden die Streiks und Arbeitsniederlegungen seit Beginn der Bewegung entweder dauerhaft und ohne Unterbrechung oder in Intervallen durchgeführt. Eine derart lang anhaltende Bewegung hat es in Frankreich seit dem Jahr 1968 nicht mehr gegeben.

Nachdem sie den Kampf um die Gunst der Öffentlichkeit verloren hatten, warteten Präsident Macron und seine Regierung ab, wie lange die Streikenden wohl noch durchhalten könnten und wann die Mobilisierungsfähigkeit aufgrund von Erschöpfung wieder zurückgehen würde. Bis Redaktionsschluss stand die Mehrheit der Bevölke-

rung jedoch fest hinter den Aktionen und ist auf Seiten der Bewegung und der Gewerkschaften – das gilt auch noch nach der Weihnachtspause.

Gewerkschaften vertreten die Bevölkerung, die umgekehrt die Gewerkschaften antreibt

In seiner Neujahrsansprache bestätigte Macron erneut die Starrsinnigkeit der Regierung hinsichtlich ihres Rentenreform-Projekts und ihrer perfiden Strategie. Demgegenüber stehen die über drei Tage in allen Branchen und bei allen Beschäftigtengruppen durchgeführten Mobilisierungen für die Aktionen am 9./10./11. Januar, zu denen die Gewerkschaften CGT, FO, Solidaires und FSU aufgerufen hatten. Damit sollte der Regierung nach der 2wöchigen Weihnachtspause ein weiterer schwerer Schlag versetzt werden. Es ist das erste Mal seit 40 Jahren in der Geschichte der französischen Gewerkschaften, dass es zu einem solchen Aufruf gekommen ist.

Ganz im Gegensatz zu den Berichten in den Medien und den Behauptungen der Re-

In Deutschland sind 9,6 Prozent der Rentner*innen von Armut betroffen

(vgl.: <https://www1.compareyourcountry.org/pensions/en/1/all/default>)

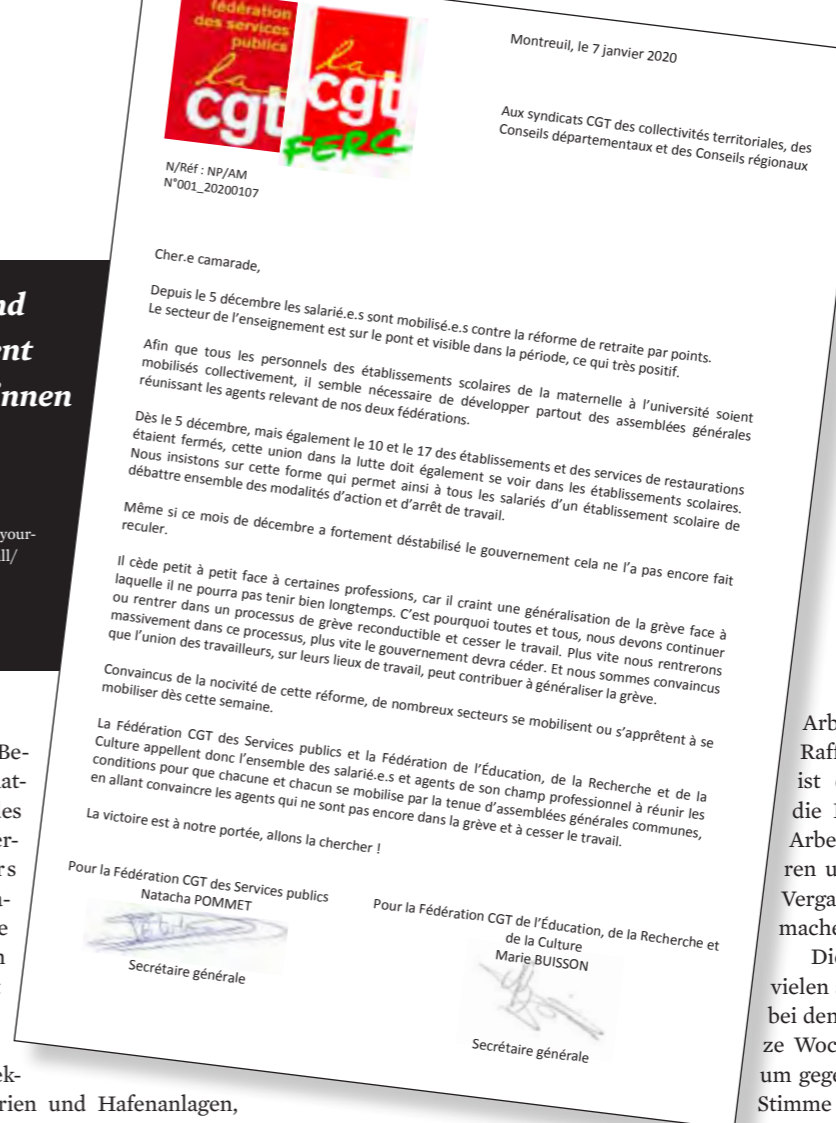
gierung sind die Beschäftigten beim staatlichen Betreiber des öffentlichen Personennahverkehrs im Großraum Paris (RATP) und die Bahnbeschäftigten bei der SNCF nicht alleine im Kampf gegen die Rentenpläne. Im Energiesektor, in den Raffinerien und Hafenanlagen, im Bildungs- und Gesundheitsbereich, bei der Feuerwehr, der Nationalbibliothek von Frankreich (BNF), in der Oper von Paris und vielen weiteren Betrieben der Privatwirtschaft war eine starke Mobilisierung festzustellen und auch dort wurde der Streik Mitte Januar noch weiter aufrechterhalten.

Die Basis beginnt zu bestimmen

Während der Weihnachtsferien sind überall im Land hunderte kämpferische Initiativen ins Leben gerufen worden. In der Metropolregion von Paris haben Beschäftigte der Elektrobranche am Morgen des 24.12. fast eine halbe Million Haushalte auf Nachtstromtarif umgestellt. „Das war unser Weihnachtsgeschenk“, erklärte Nicolas Noguès von der CGT. „Für die Verbraucher geht es zwar nur um ein paar Cent, für den Konzern bedeutet es aber enorme Einnahmeverluste“. Auch im südfranzösischen Béziers verschafften sich Streikende Zugang zur Stromversorgung und stellten das Abrechnungssystem für alle Kund*innen auf den günstigeren Nachtstromtarif.

Anderorts haben Beschäftigte der hiesigen Stromversorger den Reichen den Strom abgedreht, um ihn an arme Kund*innen umzuleiten. So geschehen in Bordeaux, wo streikende Kolleg*innen dem Internet-Handelshaus „Cdiscount“ und dem Rathaus die Stromversorgung gekappt und stattdessen Mittellose mit Strom ver-

Foto: CGT (Gewerkschaftsbund/facebook-Seite)



sorgt haben. „Wir haben den Reichsten die Kilowattstunden weggenommen und sie den Ärmsten zurück gegeben“, hieß es.

Diese Initiativen haben zweifelsfrei dazu beigetragen, mehr gesellschaftliche Zustimmung zu bekommen. Gleichzeitig haben sie aber auch einen Geschmack davon gegeben, was möglich ist, wenn es die Arbeitnehmer*innen sind, die die Kontrolle übernehmen und nicht länger die Betriebs- oder Abteilungsleitungen, die Unternehmenschefs und/oder Aktienbesitzer*innen.

Die Arbeitnehmerschaft ist erneut voll da

Seit dem 7. Januar befanden sich dann auch alle Raffinerien des Landes im Ausstand. Die Kolleg*innen sind dem Aufruf der CGT gefolgt – zum ersten Mal seit 2010. Als es 2016 zur Bewegung gegen die Reform des

Die konservative Regierung Macron wollte das Renteneintrittsalter von 62 auf 64 Jahre anheben. Bei den Streiks und Demonstrationen wurde hingegen die Absenkung auf 60 Jahre gefordert!

Schwestergewerkschaften von ver.di und GEW schreiben an die Beschäftigten: „Die Regierung gibt stückweise gegenüber bestimmten Berufsgruppen nach, weil sie eine Verallgemeinerung des Streiks befürchtet [...] die CGT-Bereich Öffentlicher Dienst und CGT-Bereich Bildung/Forschung/Kultur rufen Angestellte und Beamte auf, alle zu mobilisieren, die noch nicht im Streik sind und die Arbeit ruhen zu lassen.“

Arbeitsrechts kam, hatte sich eine Raffinerie gar nicht beteiligt. Das ist diesmal anders und zeigt, dass die Bewegung dazu geführt hat, die Arbeiter*innen aufs Neue zu motivieren und sie trotz der Niederlagen der Vergangenheit wieder mobilisierbar zu machen.

Diese Dynamik schlägt sich auch in vielen anderen Branchen nieder wie z.B. bei den Jurist*innen. Sie haben eine ganze Woche lang ihre Arbeit niedergelegt, um gegen das Rentenreform-Projekt ihre Stimme zu erheben. Am 8. Januar haben sie kurz nach Arbeitsbeginn ihre Roben wieder ausgezogen und sie dem Justizminister bei seinem Amtsbesuch in Caen vor die Füße geworfen.

Wer bestimmt, was finanzierbar ist?

In den letzten Jahrzehnten ist nicht nur in Frankreich sondern auch bei uns die Arbeitsproduktivität gestiegen: Mit weniger Arbeitskräften wird mehr hergestellt. Es ist nicht wahr, dass die Renten nicht mehr zu bezahlen sind, denn niemals zuvor hat es so viel Reichtum gegeben wie heute. Die Bundesregierung hat 2019 den bisherigen Rekordüberschuss von 2015 (12,1 Mrd. Euro) noch einmal getoppt. Mit diesmal 13,5 Milliarden steigt die Rücklage auf 48 Milliarden Euro! Es ist mehr als genug vorhanden, um darüber auch unsere Renten zu finanzieren und auch in Deutschland das Renteneintrittsalter abzusenken, Arbeit zu verteilen, Wochenarbeitsstunden zu senken. Dasselbe gilt mit Blick auf die ganzen anderen Kürzungen, die das gesellschaftliche Leben beeinflussen. Was wäre alles zu finanzieren, wenn nach demokratischem Willen und nicht nach Maßgabe der Börse entschieden würde? Und stellen wir uns abschließend noch vor, die Regierung in Berlin stünde auch hierzulande einer Bewegung gegenüber, an deren Spitze eine Gewerkschaft und keine Partei steht!

Freiheit für Louisa Hanoune und Solidarität mit dem algerischen Volk, Solidarität mit unseren Kolleg*innen in Algerien

„[...] Wir protestieren gegen die Verhaftung von Louisa Hanoune durch das Militärgericht von Blida. Wir fordern die sofortige Freilassung von Louisa Hanoune.“ (GEW NRW, Essen, 23.-25. Mai 2019). Im September wurde die 65-Jährige nach viereinhalb Monaten Haft ohne Anklage durch das Militärgericht in Blida, Algerien, zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. // **Julian Gürster, Mitglied der GEW Köln**



Indem wir auf dem letzten Landesgewerkschaftstag die oben zitierte Resolution verabschiedet haben, hat die GEW Solidarität mit einer politischen Gefangenen gezeigt, die seit über 40 Jahren die Rechte von Arbeitnehmern und besonders von Arbeitnehmerinnen verteidigt; mit einer politischen Kämpferin und Vorsitzenden der Arbeiterpartei (PT), die mit dem Beginn der algerischen Revolution im Februar 2019 ihr Abgeordnetenmandat und damit auch ihre Immunität

aufgab, um sich auf die Seite des Volkes zu stellen, das seit dem Frühling jeden Freitag zu Millionen auf die Straße geht.

Die Menschen fordern: „Die Regierung soll abhauen!“, und wollen nichts von den Wahlen wissen, die das Militärregime für den 12. Dezember 2019 angesetzt hatte. Bei den Wahlen lagen Wahlenthaltung und ungültige Stimmen zusammen bei 65,25 %. Das heißt, von den 25,5 Millionen Wahlberechtigten gab gerade mal jede*r Dritte seine Stimme ab!

Ein Volk, das keine Wahlen will?

Algerien hat ein junges Volk, in dem auch die Studierenden – jeden Dienstag – für ihre Zukunft demonstrieren, und es ist ein reiches Land, dessen Bewohner*innen den Zugriff auf ihre Bodenschätze erhalten wollen. Also warum sollen die Wahlen den Algerier*innen nicht Selbstbestimmung und eine auskömmliche Zukunft ermöglichen?

Weil das Militär unter der Führung des Generals Ahmed Gaid Salah die Macht an

sich gerissen hat, um sich angesichts des Volksaufstands, der den Präsident Bouteflika und seine Entourage im Frühling stürzte, seine Pfründe zu sichern. Mit den Wahlen und der Verhaftung einiger Vertrauter Bouteflikas wurde darüber hinaus ein Manöver inszeniert, das dem Coup einen demokratischen Anstrich geben und gleichzeitig von Verhaftungen von Oppositionellen, wie Louisa Hanoune, ablenken sollte.

Aber das Unrechtsregime ist nicht überall unbeliebt, denn General Gaid Salah plant derzeit in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) den Ausverkauf der Bodenschätze und die Öffnung des algerischen Ölmarktes, die bisher als Ergebnis der Revolution von 1962 gesetzlich geschützt waren. Eine Revolution, die 130 Jahren französischem Kolonialismus und Ausbeutung ein Ende setzte, deren Errungenschaften jedoch dem Regime und den ausländischen Investoren im Weg stehen.

Doch die Hunderttausenden Demonstrant*innen haben das Spiel durchschaut. Sie sind davon überzeugt, dass die Wahlen im Dezember nur Gesichter verändern sollten und andere Familien an die Macht bringen werden. Weil sie eine Wahl haben wollen, haben sie diese Wahl – die keine war – massiv boykottiert.

Warum ausgerechnet Louisa Hanoune?

Sicherlich wurde Louisa Hanoune festgenommen, weil sie, als sie bei den Präsidentschaftswahlen 2004 gegen den ehemaligen Präsidenten Bouteflika antrat, dies als erste Frau in der arabischen Welt tat, und daher bei einem großen Teil der Bevölkerung als eine glaubwürdige und langjährige Gegnerin des alten Regimes bekannt ist. Sicherlich, weil sie als eine der wichtigsten oppositionellen Persönlichkeiten aus Sicht der Militärregierung auch die Verteidigung der Revolution von 1962 repräsentiert, nämlich insofern, als dass sie immer für den Schutz der

algerischen Nation vor ausländischer Ausbeutung eintrat.

Bedingungslos ist aber auch Hanounes Unterstützung für die neue revolutionäre Bewegung, den Hirak, auf dessen Transparenten zu lesen ist: „1962 wurde das Land befreit... heute wird das Volk befreit!“ Daher fordert die PT im Zusammenschluss mit anderen Parteien, die den sogenannten Nationalen Dialog mit dem Regime ablehnen, eine verfassunggebende Versammlung.

Und sicherlich auch deshalb, weil sie Vorsitzende einer Arbeiterpartei ist, denn die Arbeiter*innen bedeuten für das Militärregime und dessen Pläne eine Bedrohung. Mit Streiks im ganzen Land und Streiks gegen die Wahlen geben sie – neben den anderen Demonstrant*innen auf der Straße – der Revolution ihre Kraft.

In Algerien schließen sich die Lehrer*innen der revolutionären Bewegung an.

Die revolutionäre Bewegung ist eine soziale Bewegung, durch die sich auch neue, unabhängige Formen des gewerkschaftlichen Kampfes bilden. So zum Beispiel ein gewerkschaftsähnlicher Zusammenschluss von Grundschullehrer*innen. Hier ein unvollständiger Auszug aus ihren Forderungen:

- „Die sofortige und rückwirkend anzuwendende Umsetzung des Präsidentendekrets 266/1, das im Oktober 2014 in das Gesetzesblatt aufgenommen wurde und besagt, dass die Lehrkräfte des Primarbereichs in die Kategorie 12 (Lohnstufe) statt 11 aufgenommen werden müssen.“
- „Gleichbehandlung aller Lehrkräfte in den drei Bereichen des nationalen Bildungswesens und Berücksichtigung der Überstunden.“
- „Beendigung der Überfüllung der Klassen, die bis zu 50 Schülerinnen und Schüler erreichen; die Schülerzahl darf nicht 20 bis 25 überschreiten, um den Schülerinnen und Schülern zu erlauben, Wissen zu assimilieren.“

- „Entlastung der Lehrkräfte bei der Aufsicht bei den Mahlzeiten der Kinder und Übertragung dieser Aufgaben auf andere Beschäftigte des Bildungswesens.“
- „Recht auf Zugang zu Sozialwohnungen für Lehrkräfte, da ihr Lohn ihnen keine Wohnung erlaubt, mit der sie ihren Familien ein Dach über dem Kopf sichern können.“

Mit der letzten Forderungen wird es klar. Den Kolleg*innen geht es mit ihrer Teilnahme an der Revolution um mehr als nur ihre Arbeitsbedingungen: es geht ihnen um ihre materielle Existenz.

Darüber hinaus kann uns dieser Kampf auch zeigen, dass sich der Aufbau einer kampffähigen gewerkschaftlichen Organisation über die Entstehung der Forderungen entwickelt, die wie im obigen Fall aus der Mitte der Betroffenen kamen und sich in der Auseinandersetzung mit dem Regime entwickelten.

Solidarität mit Louisa Hanoune bedeutet Solidarität mit der Bevölkerung und mit unseren Kolleg*innen in Algerien.

Wenn wir mit der GEW Louisa Hanoune unterstützen, dann sind wir also nicht nur solidarisch mit einer politischen Gefangenen, nicht nur mit einem Volk, das über sich selber bestimmen will. Wir sind auch solidarisch mit unseren Kolleg*innen an den algerischen Grundschulen, die für eine Revolution kämpfen, um gute Arbeit für die Kinder leisten zu können und um ein Leben in Sicherheit und relativem Wohlstand zu führen.

Aus diesen Gründen hat sich in Köln nach nationalem und internationalem Vorbild ein lokales Unterstützungs- und Koordinierungskomitee gegründet, welches die Kolleg*innen aus unterschiedlichen Gewerkschaften und Parteien in dem Bestreben vereint, die Anstrengungen für Louisa Hanounes Freilassung auszuweiten.

„[...] Wir protestieren gegen die Verhaftung von Louisa Hanoune durch das Militärgericht von Blida. Wir fordern die sofortige Freilassung von Louisa Hanoune.“



Besuch in der Grafschafter Krautfabrik in Meckenheim // Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin

Wir waren zur Erntezeit der Zuckerrüben in Meckenheim. Traktoren mit hoch beladenen Anhängern führen ins Werk. Gewogen wurde bei der Einfahrt (voll beladen) und Ausfahrt (leer), um das Gewicht der Ladung zu bestimmen. Eine Führung nicht im Werk, sondern nur im Außenbereich und entlang der Produktionsstätten sowie fachkundige Erklärungen eines ehemaligen Mitarbeiters ließen uns erahnen, wie Grafschafter Goldsaft oder Apfelkraut entstehen.

Wieso wird in einer Krautfabrik süßer Brotaufstrich hergestellt? Diese Frage drängte sich gleich zu Anfang auf, denn unter Kraut versteht man doch in erster Linie ein Gemüse. Diese Assoziation scheint durchaus richtig. Bevor man die Rübe wegen ihres hohen Zuckergehaltes als Ersatz für das teure Zuckerrohr entdeckte, verarbeitete man sie zunächst auch als Gemüse (Kraut). Später bezeichnete man den Rohstoff, den man für den süßen Sirup auspresste, im Rheinland weiterhin als Kraut (rheinisch: ‚Krut‘) und so wurde die Grafschafter Fabrik eine Krautfabrik.

1893 baute Josef Schmitz in Meckenheim bei Bonn eine Feldbrandziegelei auf. Erst 1904 nahm er als Nebenbetrieb zur bestehenden Landwirtschaft die Fabrikation von Zuckerrübensirup (rheinisch: ‚Rübenkraut‘) auf. Im Frühjahr und Sommer wurden Ziegel gebrannt und mit der Ernte der Zuckerrüben im September/Oktober begann unter dem Slogan ‚Vom Feld aufs Brot in 90 Tagen‘ die Herstellung des Zuckerrübensirups und seine Weiterverarbeitung zu Rübenkrautsaft und unter Hinzufügen von Äpfeln zu Apfelkraut. Nach dem Krieg wurde die Produktion des Brotaufstrichs intensiviert, und der bis heute bekannte gelbe Bacher machte Grafschafter Brotaufstriche im gesamten Bundesgebiet bekannt. Die Ziegelei

wurde bis 1995 weitergeführt und erst mit einer Erweiterung des Angebots von Brotaufstrichsorten ganz eingestellt.

Folgende acht Schritte bis zur Fertigstellung des Endproduktes sind notwendig:

1. Rohstoffe anliefern und annehmen

Vertrags-Landwirte liefern die frisch geernteten Zuckerrüben mit großen Traktoren und LKW zur Grafschafter Krautfabrik. Nach einem prüfenden Blick auf die Zuckerrüben landen diese auf dem Lagerplatz. Dies konnten wir, wie schon eingangs erwähnt, beobachten.

2. Rüben waschen

Über wasserführende Schwemmrinnen werden die Zuckerrüben dann quasi durch eine Waschstraße geschickt: Hier heißt es zunächst Vorwaschen, Blattgrün entfernen sowie Erde und Steine aussortieren, bevor die Zuckerrüben mit warmem Wasser weiter gereinigt werden. Leider war gerade Mittagszeit und wir sahen die „Waschstraße“ im Ruhezustand.

Alle weiteren Schritte werden in Gebäuden, Druckbehältern und der Verdampfungsanlage durchgeführt und sind während der Produktionszeit nicht zu besichtigen. Sie wurden uns erklärt.

3. Rüben zerkleinern

Nach der Rübenwäsche gelangen die sauberen Zuckerrüben in den Rübenbunker und von dort aus in die Schneidemaschine. Sie zerkleinert die Rüben in fingergroße Rübenschnitzel.

4. Kochen und dämpfen

Die kleinen Rübenschnitzel werden nun in einem Maischebehälter weichgekocht. Danach kommen sie bei 105 Grad Celsius für

mehrere Stunden in die Kochanlage. Bei diesen Dämpfen verwandelt sich die in den Rüben enthaltene Saccharose zum Teil in Glukose und Fruktose.

5. Pressen, pressen, pressen

Der durch das Dämpfen entstandene Rübenbrei wird unter hohem, hydraulischem Druck gepresst. Heraus kommt dabei der Rohsaft.

6. Rohsaft reinigen

Der Rohsaft wird auf mechanischem Weg von nahezu allen festen Teilchen befreit. Anschließend kommt er als sogenannter Klar-saft in die Verdampfungsanlage.

7. Eindicken

In der mehrstufigen Verdampfungsanlage wird dem Klarsaft unter Vakuum schonend das Wasser entzogen. Wenn sich ein Trockensubstanzgehalt von 78 % eingestellt hat, ist der Zuckerrübensirup fertig.

8. Kontrollieren und einlagern

Die Qualität des Rübenkrauts wird im fabriekigen Labor kontrolliert, ehe es dann in großen Tanks eingelagert wird. Von dort aus wird es „Grundstoff“ für die unterschiedlichsten Produkte.

Heute hat die Grafschafter Krautfabrik, laut unserem sachkundigen Führer einzigartig auf dieser Erde, 35 Beschäftigte, die ganzjährig dort arbeiten. In den drei Monaten, die der Erntezeit folgen, erhöht sich die Beschäftigtenzahl auf 90 Mitarbeiter*innen.

Die Stammebelegschaft widmet sich nach der Bearbeitungszeit der Instandhaltung und übernimmt Wartungsarbeiten.

Unsere Besichtigung endete mit einem „Probierfrühstück“ und wir durften alle in Meckenheim hergestellten Brotaufstriche verkosten.

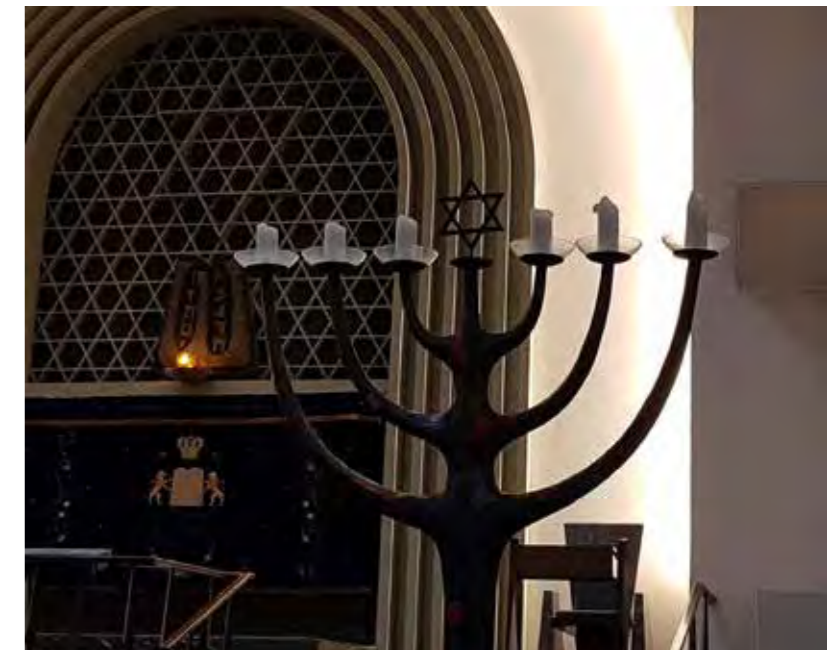


MAZAL TOV

heißt das Restaurant in der Synagoge, was so viel bedeutet wie „viel Glück“. Das hatten wir jetzt nicht, da es zu einem Missverständnis zwischen mir und der Verwaltung der Synagoge gekommen war.

Das war das Ende der Geschichte, also zurück zum Anfang. Die Ruheständler*innen hatten einen Termin für einen Besuch in der Synagoge in der Roonstraße bekommen. Für mich war es etwas beklemmend so kurz nach den Geschehnissen in Halle. Wie weit überschattet dieses Ereignis das jüdische Gemeindeleben in Köln? Während ich hier sitze und zu schreiben versuche, fällt mein Blick auf die Berichterstattung vom 11. im 11. in Köln. Aaron Knappstein, Präsident des jüdischen Karnevalvereins „Kölsche Kippa Köpp“, steht auf der Bühne am Tanzbrunnen und sagt mit leiser Stimme: „Ich bin in Kölle jebore, he is ming Heimat.“ Die große KG von 1823 hatte diesmal bewusst entschieden, ein deutliches Zeichen zu setzen. Nach dem Angriff auf die Synagoge in Halle im Oktober wollte man nicht einfach nur Karneval feiern, sondern auf der Bühne gemeinsam mit den Kippa Köpp einen breiten Schulterchluss gegen Antisemitismus, gegen Rassismus und rechte Gewalt suchen. Ein Schritt in die richtige Richtung, denn es gab im Kölner Karneval auch schon andere Darstellungen jüdischer Mitbürger*innen und vor der Synagoge steht immer noch ein Polizeiwagen, was es am Dom so nicht gibt. Der muss nicht gegen eventuelle Angriffe geschützt werden.

Die Synagoge wurde Ende des 19. Jahrhunderts im neo-romantischen Stil erbaut. In Köln wurde die Stadtmauer eingerissen und mit der Stadterweiterung brauchte man auch neue Kirchen. Falls ich die Ausführungen der jungen Synagogenerklärerin richtig verstanden habe, war der Architekt gleichzeitig mit einem Kirchenbau beschäftigt, sodass die Synagoge außen wie innen Ähnlichkeit mit einer Kirche hat. Außen schmücken Türme den Bau, innen erinnert alles



an einen Altarraum. Es ist jedoch das Lesepult, das im Mittelpunkt steht. Es ist eine orthodoxe jüdische Gemeinde. Da ich früh dort war, verließen gerade die Männer, die es für das Morgengebet braucht, die Synagoge. Ich habe sie nicht gezählt, zehn sollten es sein, aber der Kantor der Gemeinde wohnt in der Synagoge, da waren es vielleicht nur neun, die gingen. In kleineren Gemeinden finden sich nicht immer zehn Männer für die Gebete. Diese Gemeinde hat 4.000 Mitglieder, die wohl keine Schwierigkeiten hat, genügend Mitglieder für religiöse Zeremonien zu finden. In den 80iger Jahren waren viele Juden aus Russland - 80 % - dazugekommen, sodass die Gemeinde ziemlich überaltert und wohl auch sehr konservativ ist. Männer beherrschen den Tempel, Frauen die Küche, allerdings nicht nur. Der Glaube wird über die Mutter weitergegeben. Nur wer eine jüdische Mutter hat, ist auch Jude.

Im Untergeschoss der Synagoge ist ein kleines Museum. Es gibt nicht viele Exponate, da die Nazis sehr gründlich bei der Vernichtung jüdischen Lebens waren. Wichtig ist, dass die heutige Gemeinde ohne Angriffe leben kann.

Bleibt mir, den Kölsche Kippa Köpp eine unbeschwerte Karnevalszeit zu wünschen: mazel tov!

// Helga Löbber, Aktive Ruheständlerin

Einladung

zu einem historischen Gang durch Deutz,
von Alt St. Heribert bis zum Deutzer Bahnhof mit
Markus Juraschek-Eckstein

Dienstag, 21. April 2020, 14.30 Uhr

Treffpunkt: Alt St. Heribert am Rhein
Kosten: 8 Euro

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall bitte wieder abmelden.

Christentum - Judentum - Islam - Buddhismus - Hinduismus?

Im **GARTEN DER RELIGIONEN** hören wir Genaueres über Unterschiede oder Verwandtschaften.

Am Donnerstag, den 07. Mai 2020

treffen wir uns dafür um 10.15 Uhr in der Stolzestraße 1a (H Eifelwall der Linie 18) in Köln.

Die Führung kostet 3 Euro pro Person und dauert 2 Stunden (bei schlechtem Wetter wird abgekürzt). Im Anschluss können wir im hauseigenen Bistro eine Kleinigkeit essen oder Kaffee trinken.

Bitte in der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder T: 0221-516267) verbindlich an- und notfalls abmelden (begrenzte Teilnehmerzahl).

Einladung zu einer Tagesfahrt am 16. Juni 2020

zum Nationalpark De Hoge Veluwe und der zweitgrößten Van-Gogh-Sammlung der Welt

Abfahrt ab Bensberg – Busbahnhof, um 8.30 Uhr
Zustieg am Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, um 9.00 Uhr

Der Nationalpark „De Hoge Veluwe“ und das Kröller-Müller-Museum bieten eine einzigartige Kombination aus Natur, Kunst und Architektur. Es ist ein idealer Ort, um Ruhe, Weite und Stille in abwechslungsreicher Landschaft zu genießen. Im Museum und im zugehörigen Skulpturengarten erwartet Sie eine 1 1/2-stündige Führung durch die weltberühmte Kunstsammlung. Die Sammlung des Kröller-Müller-Museums ist rund um die umfangreiche Sammlung mit Werken von Vincent van Gogh entstanden. Darüber hinaus sind dort George Seurat, Pablo Picasso, Fernand Léger, Piet Mondrian und viele andere Künstler mit bedeutenden Werken vertreten. Danach haben Sie Zeit für einen eigenen Rundgang sowie eine Pause in der Cafeteria.

Rückfahrt voraussichtlich gegen 16.00 Uhr
Ankunft:

am Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, gegen 18.00 Uhr
am Bensberger Busbahnhof gegen 18.30 Uhr

Die GEW übernimmt für Sie die Buskosten, Sie zahlen für Eintritt und Führung 25 Euro.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon 0221-516267) verbindlich anmelden und den Teilnehmerbetrag überweisen an:
GEW Stadtverband Köln, IBAN: DE93 6609 0800 0000 8831 07

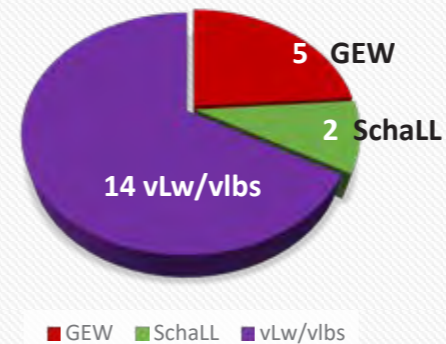
Übersicht der Personalvertretungen im Bezirk Köln

Die nach Schulformen getrennten Personalvertretungen für Lehrer*innen werden alle vier Jahre gewählt - im Juni 2020 ist es wieder soweit! **Hier eine Übersicht der derzeitigen Sitzverteilung mit Beschäftigtenzahlen basierend auf Daten zum Schuljahresbeginn 2019/20.**

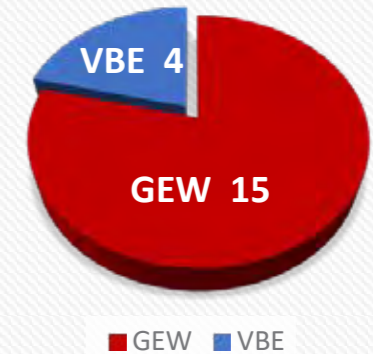
Wahlberechtigt sind bei den nächsten Wahlen alle Lehrkräfte der jeweiligen Schulform, unabhängig von Beschäftigungsumfang und -dauer. Dazu gehören alle verbeamteten und angestellten Lehrer*innen, die pädagogischen Mitarbeiter*innen im Landesdienst, alle Referendar*innen sowie sonstigen Beschäftigten in der Lehrerbildung. Der Personalrat hat bis zu 25 Mitglieder, die auf Listen zur Wahl stehen werden.

	Lehrkräfte Bezirk Köln	Lehrkräfte Stadt Köln	nächste Personal- versammlung 2020
Grundschulen	12.963	3.356	10.3.
Förderschulen	4.331	1.051	10.3.
Realschulen	3.368	824	18.11
Gymnasien/ WBKs	9.870	2.651	19.11.
Gesamtschulen Gemeinschafts-, Sekundar- und PRIMUS- Schulen	7.358	1.356	Nov
Berufskollegs	5.702	1.628	24.03. Teil-PV in Aachen 26.03. Teil-PV in Köln
Hauptschulen	1.537	438	30.3.

BERUFSSKOLLEG (21 SITZE)

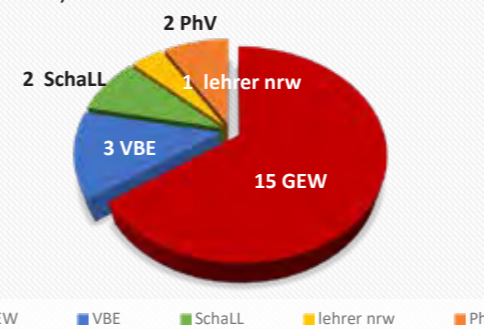


BPR FÖRDERSCHULE (19 SITZE)

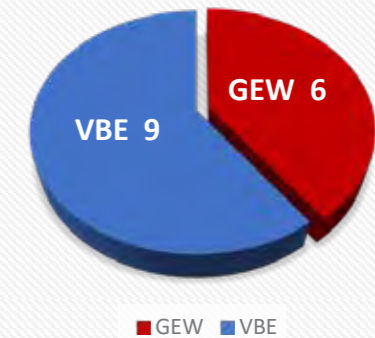


BPR GESAMTSCHULE (23 SITZE)

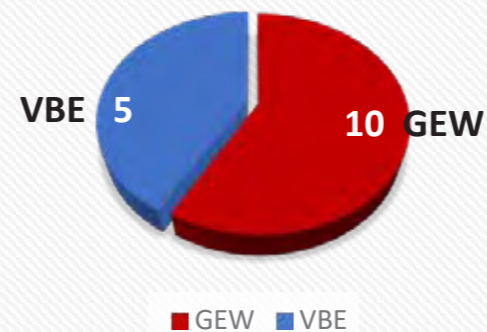
Gemeinschafts-, Sekundar- und PRIMUS-Schulen



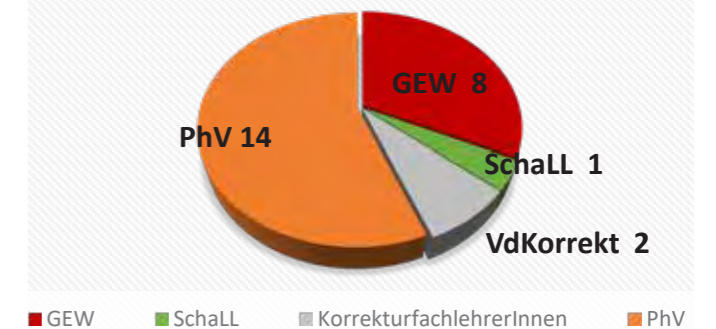
BPR GRUNDSCHULE (15 SITZE)



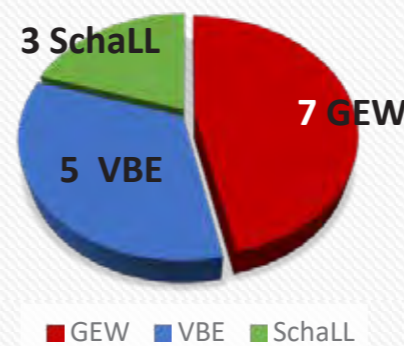
ÖPR GRUNDSCHULE (15 SITZE)



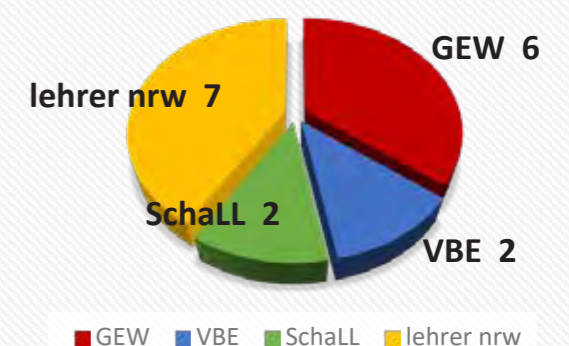
BPR GYMNASIUM/WBK (25 SITZE)



BPR HAUPTSCHULE (15 SITZE)



BPR REALSCHULE (17 SITZE)





MITGLIEDERVERSAMMLUNG ZUR NEUWAHL DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN VORSTANDS AM 18. MÄRZ 2020

Der Geschäftsführende Vorstand in Köln wird gemäß Satzung des GEW-Stadtverbandes alle zwei Jahre neu gewählt. Er leitet die laufenden gewerkschaftspolitischen, organisatorischen und finanziellen Geschäfte des Stadtverbandes. Er führt die ihm vom Erweiterten Vorstand übertragenen Aufgaben durch und ist dem Erweiterten Vorstand sowie der Mitgliederversammlung rechen-schaftspflichtig. Der Geschäftsführende Vorstand besteht aus 11 gleichberechtigten Mitgliedern, die ihre Aufgaben und Funktionen untereinander aufteilen.

Die Wahlversammlung findet statt am 18. März 2020 um 17.30 Uhr im Kölner DGB-Haus.

Jedes Kölner GEW-Mitglied hat das Recht zu kandidieren.

Kandidat*innen müssen ihre Kandidatur spätestens bis zum 19. Februar 2020 schriftlich anzeigen (kontakt@gew-koeln.de) und eine schriftliche Einverständniserklärung für den Fall ihrer Wahl abgeben. Ein entsprechender Vordruck ist in der Geschäftsstelle oder per E-Mail erhältlich. Voraussetzung für eine Kandidatur: Sie müssen Mitglied im Stadtverband Köln sein und satzungsgemäße Beiträge entrichten. Der Wahlausschuss überprüft die Kandidaturen und leitet die Wahl.

Kandidat*innen können sich auf der Wahlversammlung am 18. März 2020 vorstellen und dort befragt werden. Sie können dies auch bereits vorher auf unserer Webseite (gew-koeln.de) tun.

Gewählt werden kann bei der Mitgliederversammlung selbst sowie per Briefwahl bis vierzehn Tage danach.

Die genaue Tagesordnung der Wahlversammlung, die Vorstellung der Kandidat*innen sowie der Rechenschaftsbericht des ausgehenden Geschäftsführenden Vorstands werden spätestens drei Wochen vor der Wahlversammlung via E-Mail und auf der Webseite des Stadtverbandes veröffentlicht.

Es ist von Vorteil für die Arbeit der GEW, wenn sich die zentralen Arbeitsbereiche auch im Geschäftsführenden Vorstand widerspiegeln. Alle Fachgruppen, Ausschüsse und Arbeitskreise sind daher aufgefordert, über Kandidaturen zu beraten.

Der Wahlausschuss